Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jeden Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit" frei Haus pro Woche – Montag bis Sonnabend – 50 Reichspfg. Einzelnummer 10 Reichspfennig
Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf: 25 351—53

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Millimeterzeile 10 Reichspfennig, bei Versammlungs-, Vereins-, Arbeits- u. Wohnungsanzeigen 8 Reichspfennig. – Reklamen die dreigespalt. Millimeterzeile 35 Reichspfennig
Geschäftsstelle, Johannisstraße 46
Fernruf: 25 351—53

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 50 | Dienstag, 28. Februar 1928 | 35. Jahrgang

Abrüstungsprogramm der Internationale

Kampf gegen den Krieg – mit allen Mitteln!

Zürich, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Zürich das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Man beschloß zunächst für den am 5. August in Brüssel beginnenden Internationalen Kongreß folgende Tagesordnung: 1. Der Militarismus und die Abrüstung. 2. Das Kolonialproblem. 3. Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit und die ökonomische Politik der Arbeiterklasse. 4. Bericht und Antrag der Internationalen Frauenkonferenz. 5. Organisation der S. A. J.

Anläßlich des 1. Mai wird eine Matteotti-Karte zur Stärkung des Matteotti-Fonds herausgegeben werden. Dem internationalen Kongreß in Brüssel soll ein Antrag für die Abschaffung der Todesstrafe unterbracht werden. Außerdem wurde eine Entschließung für die Befreiung des rumänischen Sozialistenvertreters Bujor angenommen. Der von der Abrüstungskommission der Arbeiterinternationale festgestellte und für den Brüsseler Kongreß bestimmte Bericht über die Abrüstung wurde ebenfalls einstimmig gebilligt. Er lautet:

I.

Das Ziel ist: Totalabrüstung

Das Ziel das die S. A. J. erstrebt, ist die vollständige und gleichzeitige Abrüstung aller Länder zu Land, zu Wasser und in der Luft. Aber die S. A. J. verfällt nicht in den Irrtum zu glauben, daß eine vollständige Abrüstung erreicht werden kann, solange die Regierungen der meisten Länder von kapitalistischen und imperialistischen Klassen beherrscht werden und solange andererseits in vielen Ländern nicht jene Demokratie besteht, die allein die Durchführung internationaler Abrüstungsabkommen unter die Kontrolle demokratischer Einrichtungen und einer freien, öffentlichen Meinung zu stellen vermag.

Ist aber die vollständige Abrüstung derzeit noch nicht erreichbar, so gibt es doch schon in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Kräfte, die nach einer Einschränkung der Rüstungen drängen. Die Furcht der herrschenden Klassen vor neuen Revolutionen, die jeder Krieg entfesseln müßte, und die Erkenntnis, daß das Wettrüsten den Krieg automatisch herbeizuführen droht; die infolge der Umwälzungen der Kriegstechnik ungeheuerlich wachsenden Kosten der Rüstungen und das Sicherheitsbedürfnis der im Auslande angelegten Kapitalien; die Erkenntnis endlich, daß die Abrüstung der besiegten Nationen auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn nicht auch die Siegernationen die vertragsmäßig übernommene Verpflichtung zur Beschränkung ihrer Rüstungen erfüllen — all das drängt nach einer Einschränkung der Rüstungen. **Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des internationalen Sozialismus, alle Regierungen unter den stärkstmöglichen Druck zu setzen, um die in den herrschenden Klassen selbst wirksamen Tendenzen zum internationalen Abrüstungsübereinkommen auszunützen, die ihnen widerstreitenden mächtigen imperialistischen und militärischen Gegentendenzen zu überwinden und auf diese Weise ein internationales Abrüstungsübereinkommen durchzusetzen.**

II.

Gegen Angriffskrieg – Gewalt!

Die S. A. J. fordert, daß alle internationalen Konflikte dem obligatorischen Schiedsverfahren oder einem anderen Verfahren friedlicher Beilegung unterworfen werden.

Die S. A. J. fordert, daß, dem Vorschlag Norwegens entsprechend, der Völkerbund einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag ausarbeite und zur Annahme durch alle Staaten empfehle.

Sie betrachtet es als Pflicht aller sozialistischen Arbeiterparteien

1. die Aufnahme eines Gesetzes in die Gesetzgebung ihres Landes zu erlangen, das jede militärische oder industrielle Mobilisierung ausschließt, bevor ein internationaler Konflikt dem Völkerbund oder einem anderen Verfahren friedlicher Beilegung vorgelegt ist
2. den stärkstmöglichen Druck selbst in der Form der Gewalt gegen jede Regierung auszuüben, die es im Falle eines internationalen Konfliktes ablehnen würde, sich einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterwerfen.

Die S. A. J. ist sich dessen bewußt, daß ihr Kampf um internationale Rüstungsbeschränkungen desto wirksamer sein wird, je wirksamer sie die Entscheidung aller internationalen Konflikte durch friedliche Mittel zu sichern vermögen wird.

III.

Kein Unterschied zwischen Siegern und Besiegten!

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, die die Sieger den Besiegten auferlegen. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen. Die S. A. J. verlangt daher für **alle Nationen die gleiche Freiheit in der Wahl ihres Heeressystems.** Die Herstellung dieser Gleichberechtigung der Nationen erfordert aber zwingend ein internationales Abrüstungsabkommen, das einem neuen Wettrüsten zwischen den Siegern und den Besiegten von 1918 wirksam vorbeugt. Dieses Abkommen muß die Methoden der Abrüstung den verschiedenen Heeressystemen anpassen.

IV.

Gegen das stehende Heer

Die Hauptaufgabe eines Rüstungsübereinkommens muß es sein, dafür Sorge zu tragen, daß kein Staat sofort bei Ausbruch eines internationalen Konflikts große Massen ausgebildeter und bewaffneter Truppen zu einem Angriff bereit habe. Daher muß das internationale Abkommen sichern:

1. **Möglichst kleine Friedensstände in den Kasernen,**
2. **Beschränkung der Waffenvorräte, die die einzelnen Staaten bereithalten dürfen.**

Soll allen Nationen die Wahl ihres Heeressystems freigestellt werden, so lenkt andererseits die S. A. J. die Aufmerksamkeit auf die Gefahr, die ein neuer Typus der Heeresorganisation bietet, der einen starken Kern von Berufssoldaten verbindet mit der Möglichkeit schneller Benutzung großer Massen für eine Angriffsaktion, so daß er die Gefahren des Milizheeres mit denen des Berufsheeres vereinigt.

Man muß also verhindern, daß sich irgendwo, namentlich aber in den Ländern des Milizsystems, starke Kerne von Kasernentruppen bilden und ebenso, daß irgendwo namentlich in den Ländern der Berufsheere, Vorkehrungen getroffen werden, die es gestatten, gewaltige Massen zu einem plötzlichen Angriff zu verwenden.

V.

Internationale Kontrolle!

Wo das Heer auf der Wehrpflicht gegründet ist, ist zunächst der Friedensstand auf das zur Ausbildung unerläßliche Maß zu reduzieren. Weiter ist dann auch die Zahl der zum Heeresdienst Auszubildenden zu beschränken. Für die Länder, die Söldnerheere halten, ist in analoger Weise der Friedensstand zu begrenzen. Für alle Länder hat das internationale Abkommen überdies vorzusehen:

1. **Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Batterien zur Kriegführung.**
2. **Beschränkung der Zahl der schweren Geschütze, Tanks, Flugzeuge. Beschränkung der Flotte bezüglich der Gesamtgröße als auch nach verschiedenen Schiffskategorien.**
3. **Beschränkung der finanziellen Aufwendungen für Heer und Flotte.**
4. **Nationale und internationale Kontrolle der Erzeugung, des Handels und des Transportes von Kriegsmitteln.**
5. **Die Bestrafung von Veröffentlichungen über geheime Rüstungen ist zu verbieten.**
6. **Internationale Kontrolle der Durchführung aller dieser Beschränkungen durch den Völkerbund oder durch eine weitere, auch die dem Völkerbund nicht angeschlossenen Nationen umfassende Organisation.**

Die technischen Schwierigkeiten, die die Abrüstung bietet, können nur unter dem stärksten politischen Druck überwunden werden. Diesen Druck durch eine ständige und energische Aktion in den Massen und Parlamenten zu üben, ist die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterparteien. Sie werden zu wachen haben, daß die technischen Schwierigkeiten nicht als Vorwand für das Scheitern aller Abrüstungsbestrebungen benützt werden.

VI.

Kampf in jedem einzelnen Land!

Unbeschadet des Kampfes um internationale Abrüstungsabkommen werden die sozialistischen Arbeiterparteien darum kämpfen, daß jeder Staat aus eigenem Willen seine Rüstungen vorher schon einstelle, oder soweit einschränke, als dies seine besonderen Umstände gestatten.

Die Abrüstungsverträge dürfen für jeden Staat nur das Höchstmaß seiner Rüstungen vorschreiben. Kein Staat darf durch internationale Verträge verhalten werden, größere Streitkräfte zu unterhalten, als er selbst es für notwendig findet. Kein Staat darf für die Einschränkung seines Heeresstandes unter das ihm durch die Internationalen Verträge zugebilligte Höchstmaß mit dem Entzug irgendwelcher internationaler Garantien bestraft werden.

VII.

Demokratie als Friedensschutz

Angesichts der durch die Entwicklung der modernen Waffentechnik wesentlich vermehrten Gefahren, die jede militärische Organisation selbst bei der demokratischsten Heeresverfassung, für die Demokratie und für die Arbeiterklasse in sich schließt, müssen die sozialistischen Arbeiterparteien mit dem Kampfe um die Abrüstung den Kampf um die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Heer und der Flotte und um die Demokratisierung der inneren Organisation des Heeres und der Flotte verbinden. Zu diesem Zwecke fordern die sozialistischen Arbeiterparteien:

1. **Verfügungsgewalt der Parlamente über Heer und Flotte. Keine, auch keine teilweise Mobilmachung ohne Parlamentsbeschluß. Kontrolle der inneren Heeresorganisation durch besondere Parlamentskommissionen. Verbot der Verwendung der militärischen Kräfte in Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.**
2. **Beseitigung aller Schranken, die das Heer vom Volke trennen. Zu diesem Zwecke bei möglichst kurzer Dienstzeit volle Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten. Schutz der Rechte der Soldaten durch von ihnen gewählte Vertrauensmänner, Demokratisierung der Ergänzung des Offizierskorps, Demokratisierung des Disziplinarrechtes und des Militärstrafrechtes, Aufhebung der besonderen Militärgerichte in Friedenszeiten.**

VIII.

Fort mit den faschistischen Banden!

Zur Verhütung der Umgehung der internationalen Abrüstungsabkommen und zur Abwehr der faschistischen Gefahren ist die Aufstellung und Erhaltung faschistischer bewaffneter Milizen und Wehrorganisationen zu verbieten und die Durchführung des Verbotes unter internationale Kontrolle zu stellen.

Regierungserklärung und Reichstag

Kampfansage der Sozialdemokraten / Abgelehntes Mißtrauensvotum

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung" in Verbindung mit dem Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei. — Als Präsident Löbe die Sitzung eröffnet, ruft von der Publikumstribüne ein jüngerer Mann: „Volksvertreter, tut Eure Pflicht, das deutsche Volk hat ein Recht darauf!" — der Rufer wird von der Tribüne entfernt.

Vizekanzler Dr. Hergt erklärt, daß durch die mit dem Scheitern des Schulgesetzes verbundenen Vorgänge die verfassungsmäßige Stellung der Reichsregierung in keiner Weise beeinträchtigt sei. Es sei kein geschäftsführendes Kabinett, sondern bilde nach wie vor die ordnungsmäßige Regierung, die der Verfassung entspreche. (Gelächter links.) Mit dieser Auffassung befinde sich die Reichsregierung in voller Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten. Die Regierung betrachte das Arbeitsprogramm als ein einheitliches Ganzes, das in einem Zug verwirklicht werden müsse. Das Programm enthält eine einheitliche Schlußklausel, wonach durch ein besonderes Gesetz der Zeitpunkt des Inkrafttretens aller im Programm enthaltenen gesetzgeberischen Maßnahmen auf den 1. April 1928 festgelegt werden soll. Dem Wunsch, das Kriegsschädenschlußgesetz nur als eine Zwischenlösung gelten zu lassen, habe die Regierung nicht entsprechen können. Sie habe sich aber die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates zu eigen gemacht und die Entschädigungssumme um 300 Millionen erhöht. Die Krise der Landwirtschaft mache eine umfassende Hilfsaktion notwendig. Vor allem soll die kurzfristige Verschuldung mit Reichshilfe umgewandelt werden in langfristige niedrig verzinsliche Hypothekenkredite. Außerdem soll eine Organisation des Absatzes von Vieh und Fleisch geschaffen werden. Dazu werden 30 Millionen zur Verfügung gestellt. Die in der Zeit der Fleischknappheit durchgeführten

Fleischeinfuhr-Erleichterungen sollen abgebaut werden.

(Hört, hört! links.) Ferner wolle man die ratenweise **Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents** durchführen, zunächst auf 50 000 Tonnen (Lebh. Hört, hört! links). Bei der Kleinrentnerfürsorge halte die Reichsregierung angesichts der beschränkten Finanzen eine endgültige Lösung jetzt für ausgeschlossen, die Regierung enthalte sich daher einer sachlichen Stellungnahme dazu. (Lebh. Hört, hört! links.) Zum Schluß erwähnte der Vizekanzler noch die geplanten Aufbesserungen für die Sozialrentner.

Abg. Stampfer (Soz.)

kam zuerst auf den Konflikt, der zwischen dem republikanischen **Deutschösterreich und zwischen dem faschistischen Italien** entstanden ist, zu sprechen und betonte hierbei die Verbundenheit aller Deutschen auch über die Grenzen hinaus. Zur Regierungserklärung sagte der Redner: Wir stehen im Kampf gegen diese Regierung, solange sie noch existiert, und wenn sie nicht mehr existiert, dann werden wir dafür kämpfen, daß sie nicht mehr aufersteht. Ihre Politik, ihre Wirtschaft ist bankrott. In anderen Ländern geht es mit dem parlamentarischen System doch ganz gut. Es geht überall, wo die notwendigen Fähigkeiten vorhanden sind, wo man Koalitionen aufbaut, die den ehrlichen Willen zu ehrlicher Arbeit haben, nicht aber den Willen, einander über das Ohr zu hauen. Sie (nach rechts) stehen vor Trümmerhaufen und sehen wenigstens die Pflicht — **was wir billigen** — den Schmutz vor Ihrer Tür wegzuräumen **und freie** Fahrt zu ermöglichen. Darin wollen wir Sie nicht hindern.

Aber wenn sich jetzt alles in enger Zeit drängt und stößt und die geschäftsordnungsmäßigen Schwierigkeiten nicht überwunden werden können, dann tragen Sie die Verantwortung dafür, Sie ganz allein! Ueber die Not der Kleinrentner ist seit Jahren gesprochen worden. Erst heute im letzten Augenblick hören wir, daß nach so langen Erwägungen die „ordnungsgemäße Regierung" noch nicht endgültig dazu Stellung nehmen kann. Was da vorgeschlagen wird, ist durch und durch ungenügend. Wir haben seit Jahr und Tag immer wieder darauf gestoßen, daß der

Not der Sozialrentner und Invalidenrentner abgeholfen werden müsse,

Noch am 17. Februar hat meine Fraktion einen Vorstoß in dieser Frage gemacht, er ist auch in dem Notprogramm bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt worden. Kennt die Regierung die Notlage der Landwirtschaft etwa erst seit den letzten Wochen? Wenn sich also jetzt alle zusammendrängen, so tragen Sie die Verantwortung dafür, weil es bei Ihnen an der Führung, an der Voraussicht und am guten Willen gefehlt hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Mitteilungen des Vizekanzlers waren an manchen Stellen nicht ganz klar. Es scheint die Absicht zu bestehen, gewisse Dinge durch Verordnung zu regeln. Die Regierung möge darin vorsichtig sein! Ein Mantelgesetz ist nur zulässig bei solchen Dingen, die innerlich in einem gewissen Zusammenhange miteinander stehen. Will die Regierung etwa zu behaupten wagen,

wenn das Notprogramm nicht nach den Wünschen des Landbundes ausfalle, dann sollen auch die Sozial- und Kleinrentner nichts erhalten?

Eine solche Politik kann nicht verantwortet werden, vor dem Volke ganz gewiß nicht! Vor einigen Wochen erst haben wir im Haushaltsausschuß beantragt, daß für die Kinderspeisungen mehrere Millionen Mark hergegeben werden. Das wurde abgelehnt, weil es mit der Gesamtfinanzlage nicht vereinbar sein sollte. Der Reichsrat hatte vorgeschlagen, die Mittel im Etat zur Bekämpfung des Alkoholismus um lumpige 400 RM., für die bessere Versorgung der Erwerbsbeschränkten, für kulturelle Fürsorge, zur Hebung der Wirtschaft im besetzten Gebiet um geringe Summen zu erhöhen. Alles das wurde abgelehnt, weil es mit der Gesamtlage nicht vereinbar sei. Jetzt auf einmal sind die Mittel da. Eine Finanzpolitik, die solche Kunststücke zutage fördert, und jetzt Hunderte von Millionen übrig hat, kann Bewunderung erregen, aber von Vertrauen ist sie himmelweit entfernt. Wir verlangen, daß der Haushalt in Ordnung gebracht, und daß die Deckungsfrage aufs sorgfältigste in Erwägung gezogen wird. Die restierenden Beträge aus der Vermögenssteuer müssen hereingeholt, die ungeheuren Inflationsgewinne müssen versteuert werden.

Wir behalten uns vor, das Programm der Regierung in allen seinen Teilen aufs genaueste zu prüfen. Es sind Dinge darin, die für uns ganz untragbar sind, wie die **Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents von 120 000 Tonnen auf ganze 50 000 Tonnen.** Noch ehe die Regierung ihr

Hilfsprogramm für die Landwirtschaft

vorbrachte, hat meine Fraktion schon ihre Vorschläge zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft vorgetragen. Ich empfehle **dringend eine nachdrückliche Prüfung der sozialdemokratischen Vorschläge.** Sie werden dann nicht verkennen können, daß hier ein ehrlich gemeinter Versuch vorliegt, zwischen Stadt und Land eine Brücke zu schlagen. Gelingt er, dann ist schon unendlich viel geschehen zum Heil für Stadt und Land, für Volk und Staat. Wehe denen, die das Land gegen die Stadt hetzen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie begehen ein Verbrechen am Staat, das unerhört und unsühnbar ist. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz. Zuruf des Abg. Graf Westarp: Und umgekehrt?) Wer hetzt gegen das Land? (Graf Westarp: die ganze Sozialdemokratie. Zurufe bei den Soz.: Nur der Landbund hetzt!) Ich will nicht im einzelnen aufzählen, wie die Landbundhetze in der letzten Zeit sich geäußert hat. Würden die Kommunisten auch nur ein Zehntel von dem verlautbaren, was Sie jetzt aus deutschnationalen-landbündlerischen Kreisen her vernehmen, der Staatsgerichtshof müßte sofort Nachtschichten einlegen. (Zustimmung links.) Ich rufe gewiß nicht nach dem Staatsanwalt, ich fordere aber zur Einkehr auf und zu ein wenig mehr Gewissen und Verantwortlichkeitsgefühl. Wo ist dieses Verantwortungsbewußtsein, wenn ein deutschnationaler Staatspräsident, der rühmlich bekannte Herr Bazille, in einer Bauernversammlung auftritt, in der

ein Käufer- und Steuerstreik gegen die Stadt

proklamiert wird? Von Ihren Bänken (nach rechts) ist bisher noch kein Wort gefallen, das zur Einkehr mahnt. Aber mit tiefer Entrüstung haben wir von den Intrigantenversuchen Kenntnis genommen, auf den preußischen Landwirtschaftsminister alle Schuld für die jetzige Lage abzuwälzen. (Hört, hört! links.)

Ihr Bürgerblock liegt nun im Sterben. Er zerfällt. Was war, was ist noch der Bürgerblock?

Er ist die Vereinigung jener Parteien, in denen sich der Einfluß des großen Kapitals, des großen Grundbesitzes, der Truste, der riesigen Kapitalorganisationen konzentriert.

Darum, weil er nicht scheinen darf, was er ist, war er genötigt, so mancherlei Maskeraden vorzunehmen. Revanchepolitiker mußten als Locarnisten die Friedensflöte blasen, Monarchisten schützten die Republik und verboten dem Kaiser, dem sie zum Geburtstage gratulieren, wieder nach Deutschland zurückzukehren. (Heiterkeit links.) Die Maskerade ist nun zu Ende. Der Tag des Gerichts steht bevor. Wir stellen dem Bürgerblock

den Block der Arbeit entgegen.

Ich verwahre mich gegen die Unterstellung, als ob wir unter Arbeitern nur das werktätige Volk verstehen. **Was wir erstreben, ist eine innigere und sinnvollere Verbindung zwischen der Arbeit des Geistes und der der Hände.** Das ist ja das Wesen des Sozialismus, daß er das Materielle der Wirtschaft unter die Herrschaft der geistigen und sittlichen Kräfte stellen will. Was kann es Christlicheres geben, als in diese doch wahrhaftig nicht allzu christliche Welt etwas mehr soziale Gerechtigkeit und mehr praktisches Christentum hineinzubringen? Sie nennen uns antinational. Aber ist die Hebung der Volksgesundheit und der Volkskraft, der Lebensfreude und des Selbstbewußtseins im arbeitenden Volke nicht das nationalste Programm, das es überhaupt geben kann? (Sehr wahr! links.) Ihrem allzu kümmerlichen Notprogramm setzen wir das Programm der schaffenden Arbeit entgegen, das Programm des Sozialismus und der Demokratie. So treten wir an zu den Kämpfen, die nun folgen werden: Unerschütterlich im Glauben an das arbeitende Volk! (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Graf Westarp** (Dnat.) betont, daß es in der Geschichte der bisherigen 18 Reichsregierungen noch nie dagewesen sei, daß eine aufgelöste Koalition zur Erledigung eines bestimmten Arbeitsprogramms zusammenbleibe. Die deutschnationale Fraktion stehe rückhaltlos auf dem Boden dieses Entschlusses. Das Programm sei ein unteilbares Ganzes, aus dem kein Stein herausgenommen werden könne, ohne es zum Einsturz zu bringen.

Abg. **v. Guerard** (Z.) betont, daß bei seinen Freunden die Hoffnung auf Erledigung des Arbeitsprogramms und des Etats nicht gerade gewachsen sei. Es sei eigenartig, daß ein Kabinett, das eigentlich gar keine Daseinsberechtigung mehr hat, mit Zustimmung von sieben Parteien des Reichstags Aufgaben von solcher Tragweite noch lösen soll. Wenn die Erledigung des Notprogramms sich wider Erwarten nicht erreichen lasse, dann werde es nicht Schuld des Zentrums sein.

Abg. **Dittmann** (Soz.) richtet in einer Geschäftsordnungsbemerkung an den Vizekanzler die Frage, welche Teile des Arbeitsprogramms die Regierung auf dem Verordnungswege erledigen wolle.

Vizekanzler **Dr. Hergt** antwortet, der Verordnungsweg komme nur in Frage bei der Aenderung der Reichsgrundsätze für die Kleinrentner- und Sozialrentner-Fürsorge.

Abg. Dr. **Scholz** (DVp. wundert sich gleichfalls, daß der Finanzminister jetzt plötzlich wieder über so große Mittel verfügt, während er noch vor kurzem nicht einmal eine Million übrig hatte für die dringendsten Aufgaben. Die Deutsche Volkspartei werde sachlich mitarbeiten an der Erledigung des Arbeitsprogramms, aber sie müsse die volle Verantwortung für die finanziellen Wirkungen dem Reichsfinanzminister überlassen.

Abg. **Dietrich**-Baden (Dem.) lehnt es ab, daß etwa auch die Oppositionsparteien jetzt hinter der Regierung ständen. Die bisherigen Regierungsparteien hätten nach wie vor die Verantwortung zu tragen. Nicht der Parlamentarismus, sondern die gegenwärtige Regierungskoalition habe Bankrott gemacht. Für das Notprogramm sei die Opposition ohne jede Verantwortung. Es sei eine Flickarbeit auf allen Gebieten. Das Notprogramm erfordere insgesamt sofort 235 Millionen. Es sei sehr merkwürdig, daß dieses Geld plötzlich vorhanden sei, nachdem die Vertreter der Regierungsparteien kürzlich im Ausschuß die etwas rosenrote Schilderung des Finanzministers abfällig kritisiert und schwarz in schwarz gemalt hätten.

Abg. **Schneller** (Komm.) fordert die Annahme des von den Kommunisten gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensantrags und die sofortige Auflösung des Reichstags.

Abg. **Dr. Best** (Volksrechtpartei) bezeichnet die Hilfsmaßnahmen für die Kleinrentner und das Gesetz für die Liquidationsgeschädigten als ganz unzureichend.

Abg. **Döbrich** (Cristl. Nationale Bauernpartei) hält die angekündigten Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft für unzureichend.

Damit schließt die allgemeine Aussprache — Bei den Abstimmungen zum Haushalt des Reichsministeriums und der Reichskanzlei wird ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Reichsvertretung in München gegen die Linke und die völkischen Gruppen abgelehnt. — Der Haushalt wird bewilligt.

Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und einen Teil der Demokraten abgelehnt.

Berliner Werkzeugmacher im Streik

Neue Aussperrungsgefahr für 250 000 Arbeiter und Arbeiterinnen

Heute früh sind 1000 Werkzeugmacher im Einverständnis mit dem Deutschen Metallarbeiterverband nicht zur Arbeit gegangen, sondern in den Streik eingetreten. Außer in einem Teil der Spezialbetriebe werden vor allem Betriebe von Siemens, Mix u. Genest und Lorenz von den Werkzeugmachern bestreikt.

Die zeitlich lange Vorgeschichte dieses Kampfes ist überaus kennzeichnend für das Verhalten des Verbandes Berliner Metallindustrieller, der in lohnpolitischer Beziehung auch im Gesamtverband der Metallindustriellen die erste Geige spielt. In der Berliner Metallindustrie besteht kein Tarifvertrag mehr, weil besonders der VMMI. Gegner eines Tarifabschlusses ist, zwar nicht „prinzipiell", aber doch tatsächlich.

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist nun seit über einem Jahre bemüht gewesen, wenigstens einen Lohntarifvertrag abzuschließen.

Die führenden Unternehmer erklärten jedoch, die Verhältnisse in der Berliner Metallindustrie seien so verschiedenartig, daß es nicht möglich oder doch nicht wünschenswert sei, einen einheitlichen Lohntarif festzusetzen.

Kurz, der „Verband der Berliner Metallindustriellen" ist nicht prinzipieller Gegner von Tarifverträgen, allein er will keinen einheitlichen Lohntarif abschließen und Gruppenlohntarife erst recht nicht.

Seit Monaten verhandelt der Metallarbeiterverband über die Forderung der Werkzeugmacher auf Abschaffung der Akkordarbeit und Festsetzung der Stundenlöhne von 1,10 RM. bis 1,50 RM. Der Schlichtungsausschuß hat sich ebenfalls mit diesem Lohnstreit beschäftigt und, da die Unternehmer nicht das geringste Entgegenkommen zeigten, dem Metallarbeiterverband empfohlen, in den einzelnen Betrieben über die Forderungen zu verhandeln. Die Forderungen wurden denn auch in den einzelnen Betrieben geltend gemacht mit dem Erfolg, daß

wie auf Kommando nicht ein einziger Betrieb irgendein Zugeständnis machte!

Nach diesem fruchtlosen Ergebnis der Verhandlungen in den einzelnen Betrieben brachte der Metallarbeiterverband den Streit wieder vor den Schlichtungsausschuß. Der Schlichtungsausschuß aber mußte erklären, daß hier seine Kunst zu Ende ist. Ein Schiedsspruch kann nicht gefällt werden, da die Unternehmer keinen Gruppentarif wollen. Es blieb also den Werkzeugmachern kein anderer Weg als der der Arbeitseinstellung. Sie haben den Streik vor vier Wochen mit großer Mehrheit beschlossen und dennoch mit der Arbeitseinstellung bis heute gewartet, um den Kampf in Mitteldeutschland nicht zu komplizieren.

Sollte es nicht in letzter Stunde gelingen, den Streik auf friedlichem Wege beizulegen — wozu nach allem so gut wie keine Aussicht ist —, dann droht den Berlinern Metallarbeitern ein Riesenkampf von außergewöhnlichem Umfange und außergewöhnlicher Schärfe.

Landrat Dr. Foth

wurde in der konstituierenden Sitzung des Mecklenburg-Strelitzer Landtages zum Präsidenten gewählt. Genosse Dr. Foth war bereits Präsident des vorigen Landtages.

Immer noch 1¼ Millionen Arbeitslose

In der Arbeitslosenversicherung ist, wie amtlich mitgeteilt wird, die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 31. Januar bis 15. Februar wiederum leicht zurückgegangen (von rund 1 333 000 auf 1 291 000). Die Abnahme betrug somit rund 42 000 oder 3,2 v. H. Der Rückgang entfällt fast ausschließlich auf die männlichen Arbeitslosen.

In der Krisenfürsorge hat sich die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger fast auf dem gleichen Stand gehalten (rund 215 000 am 15. Februar gegenüber 218 800 am 31. Januar). Die geringe Zunahme von rund 700 Personen kann als unerheblich angesehen werden. Während die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger um etwa 1800 oder 1 v. H. zugenommen hat, ist die der weiblichen um etwa 1100 oder 3,3 v. H. gesunken.

Die Zahl der Notstandsarbeiter hat in den letzten 14 Tagen um 23 v. H. zugenommen und beträgt jetzt insgesamt 58 200. Davon entfallen auf Personen, die in der Arbeitslosenversicherung unterstützt worden sind, rund 43 600, auf Personen, die in der Krisenfürsorge unterstützt worden sind, rund 14 600.

*

Auch nach den neuesten Ziffern muß der Stand der Arbeitslosigkeit in der Hauptsache aus Saisoneinflüssen erklärt werden, wenngleich nicht verkannt werden darf, daß augenblicklich bereits ein Konjunkturstillstand zweifellos zu beobachten ist. Das Wetter hat sich wohl in den letzten Tagen merklich gebessert, allein von einer nennenswerten Wiederaufnahme der von den Witterungseinflüssen abhängigen Arbeiten kann im Augenblick noch nicht die Rede sein.

Fürst Lichnowsky †

Der ehemalige deutsche Botschafter in London, Fürst v. Lichnowski, ist gestern auf seinem Schlosse in Kuchelna, kurz vor Vollendung des 68. Lebensjahres, gestorben.

Die Freigabe des deutschen Eigentums in U. S. A.

Berlin, 28. Februar (Radio)

Im Verlauf der heutigen Sitzung des Senats wird — wie aus Amerika gemeldet wird — die Endabstimmung über die Freigabe stattfinden. Das Gesetz wird unzweifelhaft mit großer Mehrheit angenommen. Es tritt bereits am 1. April in Kraft, so daß die an Deutschland zu zahlenden 800 Millionen Mark sich schon in wenigen Wochen auf dem Geldmarkt bemerkbar machen werden.

Albanien darf nicht zum Völkerbund

Genf, 27. Februar. (Eig. Bericht)

Vor wenigen Tagen hat Albanien den Völkerbund um Hilfe gegen die Hungersnot. Der Generalsekretär antwortete, daß die Frage auf die Tagesordnung der Ratssetzung gesetzt werde. Außerdem werde Albanien gebeten, einen Delegierten zur Vertretung seiner Wünsche nach Genf zu schicken. Nun antwortet Albanien, daß es nicht in der Lage sei, sich in Genf vertreten zu lassen und bittet, die Frage zu vertagen. Man vermutet, daß Italien dahinter steckt.

Die Spannung zwischen Wien und Rom

Mussolini rüstet zu neuen Taten

Mailand, 27. Februar

Der mit dem Wiener Nachtschnellzuge heute früh in Rom eingetroffene italienische Gesandte Auriti hat sich um ½11 Uhr in den Palazzo Chigi begeben, wo er zuerst eine lange Unterredung mit dem Unterstaatssekretär des Aeußeren Grandi über die österreichisch-italienischen Beziehungen hatte und später von Mussolini zur eingehenden Berichterstattung empfangen wurde. Der Regierungschef war bei der um 4 Uhr erfolgten Wiedereröffnung der Kammer nicht zugegen, woraus man schließt, daß die Beratungen mit dem Gesandten fortdauern.

Die italienische Presse hat sichtlich die Weisung erhalten, alle möglichen Diskussionen dadurch abzubiegen, daß sie einfach die Existenz der Südtiroler Frage abstreitet. In verschiedenartiger Formulierung kehrt diese Taktik in fast allen Blättern wieder. „Für Italien gibt es kein Südtirol, sondern nur eine Provinz Bozen", schreibt „Popolo d'Italia". Die „Tribuna" spricht von der „nicht bestehenden Frage Südtirols" und „Lavoro d'Italia" fordert eine Klärung der Frage, ob „dieser Irredentismus ein im Auftrage irgend eines andern Staates durchgeführtes Manöver" sei.

*

Mailand, 28. Februar (Radio)

Die für Montag angekündigte Erklärung Mussolinis zu der Südtiroler Frage blieb aus, obwohl die Sitzung der italienischen Kammer pünktlich begann. In Erwartung einer Regierungserklärung war das Haus bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch die Tribünen waren dicht besetzt.

Zum Kampf um das Gefrierfleisch

Das Gefrierfleisch eine Bedrohung der deutschen Viehwirtschaft?

Mit großer Sorge verfolgen weite Verbraucherkreise den Kampf um die zukünftige Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch, der jetzt im Reichstag ausgefochten wird, denn hier wird darüber entschieden, ob die minderkauffähigen Massen in Zukunft noch Fleisch essen dürfen oder zur Unterernährung verurteilt werden.

Im Landbundinteresse wird der Spieß umgedreht!

Vor einigen Wochen wurde vom Enqueteausschuß ein Gutachten veröffentlicht, in dem die krassen Mißstände im Gefrierfleischhandel und die enormen Gewinne desselben aufgedeckt wurden. Die agrarischen Parteien und mit ihnen das Reichsernährungsministerium haben hieraus nicht etwa den Schluß gezogen, daß diese Mißstände in Zukunft abgestellt werden müssen, sondern sie haben das Gefrierfleischgesetz dahin umgedeutet, daß die zollfreie Gefrierfleischeinfuhr unterbunden werden müsse, weil das Gefrierfleisch nicht, wie es im Gesetz verlangt wurde, zu Selbstkostenpreisen oder mit einem mäßigen Aufschlag an die Verbraucher abgegeben wurde.

Obwohl diese Begründung an den Haaren herbeigezogen ist, hat doch Herr Schiele auf Befehl des Landbundes das zollfreie Kontingent von jährlich 120 000 Tonnen in gesetzwidriger Weise um 20 000 Tonnen gekürzt und in dem landwirtschaftlichen Notprogramm der Regierung wird eine weitere ratenweise Verminderung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr verlangt. Angeblich macht das Gefrierfleisch der deutschen Viehwirtschaft solche Konkurrenz und drückt so auf die Preise des deutschen Viehes, daß damit die deutsche Landwirtschaft schwer geschädigt wird. Es ist nun notwendig und wichtig,

einmal ganz objektiv nachzuprüfen,

ob tatsächlich die Gefrierfleischeinfuhr diese schwere Schädigung der deutschen Landwirtschaft zur Folge gehabt hat oder ob die Beseitigung des „Frostfleisches", wie der Landbund das Fleisch der armen Leute verächtlich nennt, lediglich eine der vielen hohlen Agitationsforderungen der Rechtsparteien ist, mit denen diese die Landwartschaft in den letzten Jahren immer abgespeist haben.

Die Annahme, daß die Verbraucher, wenn die Gefrierfleischeinfuhr unterbunden würde, anstatt der bisher verzehrten 120 000 Tonnen Gefrierfleisch nun 120 000 Tonnen deutsches Fleisch essen würden ist irrig. Allerhöchstens würde für anderes Fleisch dieselbe Geldmenge aufgewendet werden, die bisher für Gefrierfleisch ausgegeben wurde. Das bedeutet aber, da Gefrierfleisch um ungefähr 50—60 Pfennig das Pfund, d. h. um 40 Prozent billiger ist als frisches Rindfleisch, daß für dasselbe Geld nicht 120 000 Tonnen, sondern nur ungefähr 70 000 Tonnen frisches Rindfleisch gekauft werden könnten.

Aber auch diese Zahl ist noch wesentlich zu hoch, denn zweifellos würden zahlreiche Hausfrauen, wenn sie kein Gefrierfleisch kaufen könnten, für einen großen Teil des bisher für Gefrierfleisch ausgegebenen Geldes gar kein Fleisch, sondern andere billige Lebensmittel kaufen. Man wird daher mit ziemlicher Sicherheit annehmen können, daß die Beseitigung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr allerhöchstens einen Mehrabsatz von 40 000 bis 45 000 Tonnen anderen Rindfleisches zur Folge haben würde, d. h. 1—1½ Prozent des deutschen Fleischverbrauchs.

Die deutsche Landwirtschaft ist jedoch außerstande, selbst diese geringen Fleischmengen an die Verbraucher zusätzlich zu liefern. In den letzten Jahren ist der Bestand an

Ochsen und Bullen in dauernder Abnahme begriffen

und beträgt jetzt nur noch ungefähr halb so viel wie kurz vor dem Kriege. Diese Abnahme hat in den letzten Jahren neben der Gefrierfleischeinfuhr den Import großer Mengen von hochverzolltem Rindvieh und frischem Rindfleisch aus dem Ausland notwendig gemacht, um den deutschen Bedarf zu decken. Allein im Jahre 1927 mußten etwa 130 00 Tonnen Rindvieh und 22 000 Tonnen frisches Rindfleisch eingeführt werden. Trotz dieser Einfuhr von Rindvieh und Rindfleisch, die die Gefrierfleischeinfuhr noch um Zehntausende von Tonnen übertrifft, sind die Preise für Rindvieh in dauerndem Steigen begriffen und haben allein im letzten Jahre um 10 Prozent angezogen.

Es ist ein wirtschaftlicher Unsinn, die Gefrierfleischeinfuhr abdrosseln zu wollen, solange die deutschen Rinderpreise in keiner Weise durch die Gefrierfleischeinfuhr gedrückt werden und solange mehr als 150 000 Tonnen Rinder und frisches Rindfleisch im Jahr eingeführt werden müssen, um die deutsche Ernährung sicherzustellen.

Die Behauptung der Agrarier, daß wir im Inland genügend Vieh haben, um das deutsche Volk zu ernähren, trifft demnach nicht zu.

Wenn wir eben zeigen konnten, daß die Rindviehpreise und der Rinderabsatz keineswegs unter der Gefrierfleischeinfuhr leiden, so trifft das noch viel mehr für die

Schweinepreise und den Absatz von Schweinen

zu. Es ist ein grundlegender, aber weit verbreiteter Irrtum, anzunehmen, daß eine Verringerung der Gefrierfleischeinfuhr den Absatz von Schweinefleisch steigern und damit die zurzeit für die Landwirtschaft durchaus unbefriedigenden Schweinepreise heben würde. Rindfleisch und Schweinefleisch können sich nicht gegenseitig ersetzen. Der Verbrauch von Schweinefleisch hat wieder seinen Vorkriegsanteil am Gesamtfleischverbrauch erreicht und die Einfuhr von 150 000 Tonnen hochverzollten Rindviehs und Rindfleisches trotz sinkender Schweinepreise im letzten Jahr hat deutlich gezeigt, daß die Verbraucher selbst das teure Rindfleisch dem Schweinefleisch vorziehen. An dieser Geschmackseinstellung kann auch der Wunsch der Landwirtschaft nach besseren Schweinepreisen nichts ändern.

Auch die durchaus verschiedene Preisentwicklung von Rindern und Schweinen ist ein Beweis für die Unabhängigkeit des Schweinemarktes vom Rindermarkt. Die Rinderpreise, die allein von der Gefrierfleischeinfuhr bedroht sein könnten, sind gestiegen, die Schweinepreise dagegen im letzten Jahr gefallen. Sie folgen ganz bestimmten eigenen Gesetzen, die aus einer Untersuchung des Konjunkturinstituts genau bekannt sind. Auch dort wurde festgestellt, daß Rinder- und Schweinepreise zueinander in keiner Beziehung stehen und daß es ganz andere Faktoren sind als die Gefrierfleischeinfuhr, die die Bewegung der Schweinepreise bestimmen. Wenn diese Bewegung der Schweinepreise bisher absolut unabhängig von derjenigen der Rinderpreise verlief, so wird das nach aller Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft so bleiben. Die Schweinepreise werden aus ihren eigenen Gesetzen heraus in diesem Jahre wieder ansteigen. Eine ratenweise Verringerung der Gefrierfleischeinfuhr würde mit dieser kommenden Verteuerung des Schweinefleisches zusammen die Verbraucherschaft schwer bedrücken.

Herr Schiele verschlechtert selbst die Handelsbilanz.

Aber selbst von dem irrigen Standpunkt des Herrn Schiele aus, der annimmt, daß eine Verringerung der Gefrierfleischeinfuhr den Absatz des Schweinefleisches vergrößern würde, wäre dieser Ersatz des Gefrierfleisches durch Schweinefleisch wirtschaftlich falsch. Die in Deutschland gemästeten Schweine sind nämlich durchaus nicht alle ein deutsches Erzeugnis, vielmehr werden etwa 40 Prozent der Schweine mit ausländischer Futtergerste und Mais gefüttert. Zur Herstellung von einem Zentner Schweinefleisch sind etwa 6—6½ Zentner Futtergerste oder Mais notwendig. Allein die ausländischen Futtermittel, die zur Erzeugung von einem Pfund Schweinefleisch gebraucht werden, belasten unsere Handelsbilanz um 7 Pfennig mehr als ein Pfund Gefrierfleisch. Herr Schiele, der immer ein Vorkämpfer für die Besserung der deutschen Handelsbilanz gewesen ist, will also mit der Abdrosselung der Gefrierfleischeinfuhr ganz bewußt eine Maßnahme treffen, die zu einer Steigerung der Passivität der Handelsbilanz beitragen muß. Damit ist nichts gegen die Einfuhr von Futtermitteln, noch weniger gegen die zollfreie gesagt, aber die Beseitigung der Gefrierfleischeinfuhr müßte in der Tat die Passivität der Handelsbilanz erhöhen, was gerade Herr Schiele so energisch bekämpft.

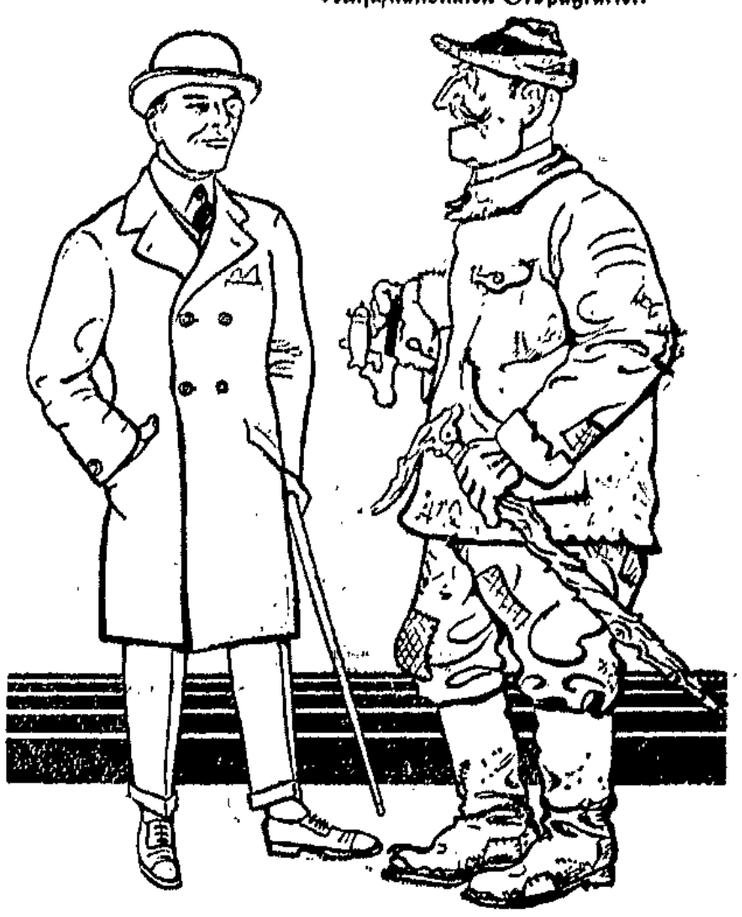
Eine Absperrung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr würde weder die Schweinepreise heben, noch den Absatz deutschen Rindviehs steigern können, sondern nur zur Folge haben, daß die Einfuhr von hochverzolltem ausländischen Rindvieh und frischem Rindfleisch um vielleicht 40 000 Tonnen wachsen würde. Den Verbrauchern aber wäre das billige Fleisch genommen und die ohnehin schon mangelhafte Ernährung weiter Kreise müßte sich noch weiter verschlechtern. In welchem Ausmaß eine Aufhebung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr

die Verbaucher schädigen muß,

zeigt folgende einfache Berechnung: Der Gefrierfleischgroßhandel hat bei einem Monopolpreis von 70 Pfennig je Pfund in einem Jahre 14 Millionen Mark Extraprofit gemacht. Der Wegfall des zollfreien Gefrierfleisches würde jedoch eine Verteuerung von rund 50 Pfennig je Pfund Fleisch oder eine Schädigung der Verbraucher um nicht weniger als 120 Millionen Mark bedeuten, ohne daß die Landwirtschaft auch nur den geringsten Nutzen davon hätte. Jede Beschneidung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr ist nichts anderes als eine für die Landwirtschaft nutzlose schwere Schikane der minderbemittelten Verbraucherschaft. Die Quittung für solche Ernährungspolitik werden Herr Schiele und seine Freunde bei den Wahlen erhalten.

Christlich-nationale Bauernpartei

So helft die neueste Deckfirma der deutschnationalen Großagrarier.



„Jotteswillen, Jraf, wie sehn Sie aus? In dem Kostüm glaubt Ihnen niemand Ihre 10000 Morgen."
„Soll auch nicht! Jetzt vor der Wahl mime ich den christlich-nationalen Bauer."

Ein Teufelskerl

Roman von George Challis

35. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

So standen die Dinge, als das Schiff und die Periagua an die Mündung des Alcantaraflusses kamen und nahebei an einem ziemlich sicheren, aber kleinen Ankerplatz in einer kleinen Bucht anlegten. Zehn Piraten unter dem Kommando von Solomon bestiegen die Periagua, fünfzehn Gefangene mußten sie rudern, während die Bukaniere es sich bequem machten und ihren Wein tranken. Sie nahmen auch den Sohn des Don Francisco und den Kapitän des spanischen Prisenschiffes mit, auf dem sie jetzt fuhren. Er sollte an Land geschickt werden, wenn sie sich der Stadt im Abenddunkel näherten, und Francisco de la Vega melden, daß sein Sohn ihm jetzt gegen das Lösegeld sofort zurückgegeben werden könne. Sollte jedoch der Kapitän diesen Auftrag nicht sicher und treulich ausführen, so müsse er sich daran erinnern, daß sein eigner Bruder als Gefangener auf dem Schiff weile und sofort unter den ausgesuchtesten Qualen umgebracht würde. Die Periagua sollte unterhalb der Stadt anlegen, Bug nach See, und bereit sein, im Falle der Gefahr sofort abzufahren.

Nach der Abfahrt der Periagua begann auf dem Schiff ein großes Gelage zur Feier eines großen Ereignisses — einem der Matrosen war nämlich durch die glänzenden Erfolge des Sir Louis Madelin im Würfelspiel der letzte Pfennig seines Beuteanteils abgewonnen worden. Die ganze Mannschaft schwor, dies sei ein herrlicher Anlaß für eine Sauferei, und sie nutzten den Abend tüchtig aus. Sie tranken riesige Mengen Punsch. Sie schlugen Weinflaschen den Hals ab und gossen die schwersten Weine durch ihre Kehlen, bis schließlich das Schiff nur von taumelnden Trunkenbolden bemannt war. Nur Martin Gunn, Billy und Sir Louis Madelin waren nüchtern. Die beiden ersteren schliefen, als Punkt Mitternacht die Periagua zurückkam. Von Segeln und Rudern getrieben, flog sie wie ein Pfeil dahin, als würde jedes Ruder von einem Paar kräftiger und erfahrener Arme bewegt. Sie kam in einem unheimlichen Stillschweigen, so daß Madelin, der ganz allein auf dem Schiff wachte und auf Deck stand, das Gefühl hatte, die Periagua werde verfolgt. Er spähte scharf in der Richtung, wo die Mündung des Alcantaraflusses lag, aber nichts zeigte sich dort. Die Bemannung konnte er nicht sehen, da das Deck mit Tuchverkleidungen umgeben war, als wäre das Fahrzeug auf der Reise nach oder von der Stadt irgendwelcher Gefahr begegnet.

Jetzt legte das schmale Schifflein scharf längsseits an — und Sir Louis begriff. Er konnte jetzt aus der Nähe das ganze Deck überschauen und sah, daß es mit soviel Bewaffneten besetzt war als darauf stehen konnten. Im Augenblick, da die Periagua hielt, erwachte diese Masse zum Leben, und die Spanier ergossen sich über das Schiff.

„Meine Herren," sagte Sir Louis auf spanisch und so laut, daß sie ihn hören mußten, „ich bin der einzige Mensch an Bord, der mit Ihnen sprechen kann. Ich übergebe Ihnen das Schiff und wünsche Ihnen mehr Glück, als wir damit gehabt haben."

So wurde das Schiff wiedergenommen. Das war die merkwürdige Ueberwältigung der ganzen Mannschaft, die alle Küsten und Meere Westindiens gebrandschatzt und das ganze spanische Zentralamerika mit Schrecken erfüllt hatte. Das war das größte Wunder, daß diese Bluthunde der See gefangen wurden, ohne daß ein Schuß fiel. Die Spanier sahen darin ein unmittelbares Eingreifen Gottes.

Aber Sir Louis sah die Sache anders an, und als die Bukaniere in Eisen gefesselt und mit Stricken gebunden, die ihnen ins Fleisch schnitten, auf Deck getrieben wurden, konnte er sich nicht enthalten, zu Cunningham zu sagen: „Leichtes Leben, Cunningham. Aber wie wird das Sterben sein?"

Siebenundzwanzigstes Kapitel

Die nächtliche Reise Mary Wintons nach Nueva Alcantara vollzog sich in tiefem Schweigen. Sie war zu erschrocken, um sprechen zu können, und die Männer, die sie ergriffen hatten, gaben keinen Laut von sich. Als der Wagen vor dem Gefängnis hielt, geleitete man sie hinein, führte sie in das zweite Stockwerk und schloß sie dort in einer finsteren, feuchten und einsamen Zelle ein. Sie fand eine harte Matratze am Boden und setzte sich auf die feuchte Decke, die darüber gebreitet war. Sie versuchte, etwas Ordnung in das Chaos ihrer Schrecken zu bringen. Aber alles war allzu wirklich, um es zu begreifen, bis sie ein leichtes Huschen am Fußboden hörte; eine Ratte quiekte und knabberte in einem Winkel, und das Herz erstarb ihr. Die Kälte, der muffige Geruch, die Dunkelheit — das war das Grab.

Seltsam genug, sie schlief in dieser Nacht ein wenig, den Kopf an die feuchte Mauer gelehnt, und sie erwachte erst in der Morgendämmerung, als etwas an ihren Händen nagte, die gefaltet im Schoß lagen. Sie sprang mit einem Schrei auf und sah einen grauen Körper und einen langen schwarzen Schwanz in einem Mauerloch verschwinden. Es war Tag, und ein schwaches, graues Licht durch ein Gitter von dicken Eisenstäben, das oberhalb der Tür angebracht war. Auf dem Boden sah sie ein Gefäß mit Wasser und Ueberreste eines Brotlaibes, der von den Ratten angenagt war. Mit dem Wasser wusch sie Gesicht und Hände und setzte sich nieder, vor Kälte schauernd. Um sich zu schützen, wollte sie sich in die Decke hüllen, aber sie sah, daß die Falten von feuchtem, grünem Moder zusammenklebten, und sie warf sie voll Ekel von sich.

Unmittelbar darauf wurde ein Schlüssel im Türschloß gedreht. Die Tür ging auf, und ein großer Mann mit einem kugelrunden, mit kurzen Borsten besetzten Schädel und groben Zügen stand vor ihr. Er betrachtete sie einen Augenblick mit höhnischem Lächeln, warf ein wollenes Gewand auf den Boden und forderte sie auf, ihre Schuhe und Strümpfe auszuziehen und ihre Kleidung durch die Sachen zu ersetzen die er ihr gebracht hatte. Er ging weg, und sie beeilte sich, seinem Befehl zu gehorchen. Als ihre nackten Füße den eiskalten Stein des Fußbodens berührten, schien es Mary Winton, daß schon der erste Schauer des Todes ihr Fleisch ergriffen habe. Ein schleimiges, grauenhaftes Gefühl der Unsauberkeit durchdrang ihren Körper. Das war die beständige Tortur, zu der man keines Folterknechts bedurfte. Der Schmutz des Hauses genügte. Sie zog das Kleid an. Es war von dickem, düstergrauem Wollstoff. Es war kaum mehr als ein Sack mit einem viereckigen Loch, durch das der Kopf gesteckt wurde, und mit zwei andern Löchern für die nackten Arme. Es war kurz und endigte halbwegs zwischen Knie und Knöchel.

Kaum hatte sie die Kleidung gewechselt, als der Kerkermeister meister zurückkehrte, die Tür aufstieß und ihr durch eine Gebärde befahl, aufzustehen und mitzukommen. Er übergab sie auf dem Gange einem Gerichtsboten, der langsam vor ihr herwatschelte, weil er zu dick war, um weite Schritte zu machen. Er führte sie in den Gerichtssaal, den man die Tafel des Heiligen Offiziums nannte. Der Bote machte eine tiefe Verbeugung und verließ sofort den Raum, in dem sich außer Mary nur zwei Männer befanden. Es war ein großer, niedriger Saal. An der einen Schmalseite hing ein Antlitz von tödlicher Blässe mit aufgemalten Blut- und Schweißtropfen. Die Mitte des Raumes nahm ein Tisch ein, an dessen Ende zunächst dem Kruzifix ein eisgrauer alter Herr saß. Er trug nicht die geistliche Tracht, aber das Alter hatte ihm eine richtige Tonsur geschoren. Mit seinen silbernen, fließenden Locken und seinem langen Bart machte er einen gütigen und ehrwürdigen Eindruck. Vor ihm lag ein großes Buch; ein Tintenfaß stand dabei, und der alte Herr legte die letzte Hand an eine Anzahl Gänsekiele, die er sorgfältig auf einem Stück Papier probierte. Er war so vertieft in diese delikate Arbeit, daß er Mary Winton nur mit einem abwesenden, gedankenvollen Blick ansah und gleich wieder zu seiner Arbeit zurückkehrte. Aber am andern Ende des Tisches, näher bei ihr, saß ein Mönch, von dessen Haupt die Kapuze zurückgeschlagen war, und sie sah in das schöne und zerquälte Antlitz des Panfilo de la Vega. Er deutete auf einen Stuhl neben dem Tisch mit einer Gebärde, die sie einlud, Platz zu nehmen. Sie setzte sich, und er begann sofort mit seinen Fragen.

„Schwester," fragte die kalte, ernste Stimme, „Euer Name?"

„Mary Winton."

„Wisset Ihr, in was für ein Gebäude man Euch eingeschlossen hat?" — „Nein." — „Inquisition."

„Inquisition," stammelte das Mädchen. Ihre Lippen waren kaum fähig, die furchtbaren Silben zu formen.

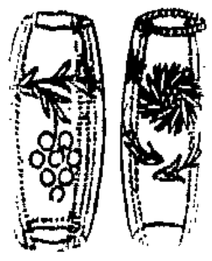
„Nennt Ihr das Heilige Offizium nur mit diesem nackten Wort?"

Sie schwieg, und als sie verstohlen zu ihm hinübersah, bemerkte sie, daß er die Augen zu Boden gerichtet hielt, so daß sie ihn einen Augenblick betrachten konnte. War er ihr schon blaß und dünn erschienen, als sie ihn das erstemal sah, so kam jetzt noch hinzu, daß seine Augen von blauen Schatten umzogen waren. Die Wangen waren eingefallen. Die Haut war von durchsichtiger Blässe, und die Hand, die auf dem Tisch ruhte, war eine Hand ohne Fleisch und Blut. Er sah eher aus wie einer, der von den Toten auferstanden ist, als wie ein lebendes Wesen.

(Fortsetzung folgt)

Ein Haushaltangebot von aussergewöhnlicher BEDEUTUNG

Tauchsieder
Messing vernickelt 220 Volt **3.25**



Vasen, geschliffen Kreuzranke, 25 cm Stück **1.25**

Wasserflasche
mit Glas, geschliffen 3/4 Liter ..... **50 ₰**

Salatschale
gepreßt, groß ... **1.-**

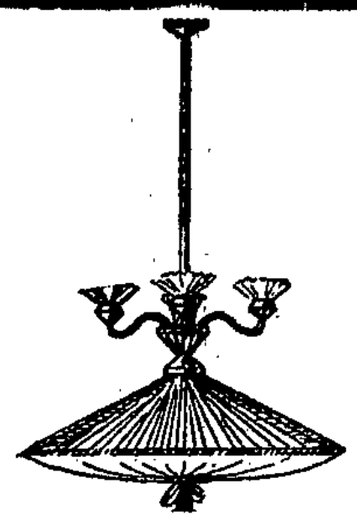
Ein großer Posten Alpaka

unsortiert verschied. Muster

Mokkalöffel	10 ₰
Kaffeelöffel	15 ₰
Eßlöffel	40 ₰
Eßgabeln	40 ₰
Eßmesser	75 ₰
Gemüselöffel	80 ₰
Saucenlöffel	75 ₰
Kompottlöffel	40 ₰
Fischbestecke	80 ₰
Limonadenlöffel	40 ₰
Dessertlöffel	35 ₰
Dessertgabeln	35 ₰
Dessertmesser	65 ₰

Porzellan

Kuchenteller mit Spruch ..... **50 ₰**
Kaffeekannen für 2 Personen .... **65 ₰**
Teekannen für 2 Pers., weiß .. **65 ₰**
Saucieren oval, weiß ..... **95 ₰**
Ragoutschüsseln oval, mit Deckel ... **1.45**
Terrinen oval groß, weiß **2.45**

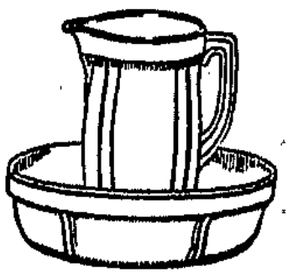


Speisezimmerkrone
blank Messing, mit 65 cm Seidenschirm, Seidenblende, 3- u. 1flammig, komplett **29.75**

95.00

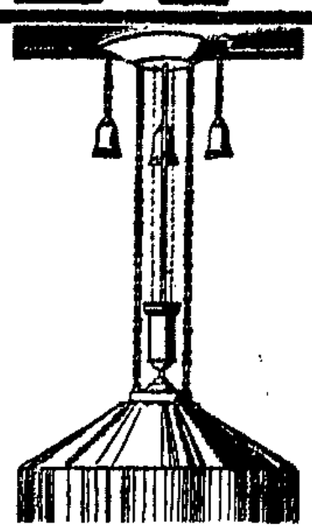
Gasherd Marke „Krefft"
weiß emailliert, mit Absetzplatte, 3 Doppelsparbrennern und Bratofen

Waschkanne, verschiedene Muster .. **1.95**
Waschbecken, verschied. Muster .. **1.95**



Waschgarnitur 5teilig, groß, creme **5.90**

Waschgarnitur mit breitem Goldrand ... **13.75**



Messing-Zuglampe
mit 3 Deckenbeleuchtungen und 60-cm-Seidenschirm ..... komplett **26.75**

Waschmaschine
Original Miele, jedoch mit Seitenantrieb ca. 80 Liter Inhalt **73.-**

Ein großer Posten Aluminium

besonders billig

Kasserollen mit Stiel
12 cm **75 ₰** 14 cm **95 ₰** 16 cm **1.25**
Spülbürstenbleche **2.25**
Wasserkannen 8 Liter Inhalt **4.75**
Wasserkessel mit Patentdeckel .. **3.60**
Milchkannen 1 Liter **1.50**

Emaille

Schaumlöffel	35 ₰
Aufnehmer	65 ₰
Nachtgeschirre	65 ₰
Konsole mit Maß	95 ₰
Eimer 28 cm, grau	1.00
Eimer 28 cm, weiß	1.10
Wannen grau	1.25
Schüsseln tief 34 cm	1.25
Durchschläge mit Stiel	1.25
Salz- oder Mehlmetzen	1.25
Topflappenbehälter	1.50
Wannen weiß	1.65

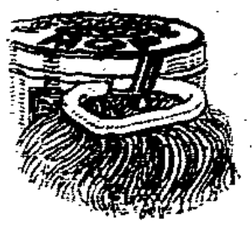
Kokoshandfeger rot lackiert ..... **35 ₰**

Schrubber „Union" ..... **50 ₰**

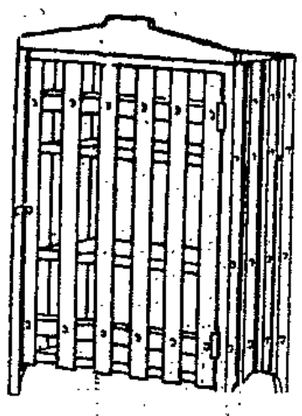
Waschbürste Fiber ..... **30 ₰**

Roßhaarbesen prima Qualität ... **1.25**

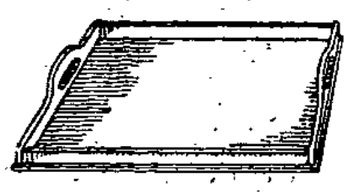
Bohnerbürste reine Borste ca. 4 ½ Pfund **3.75**



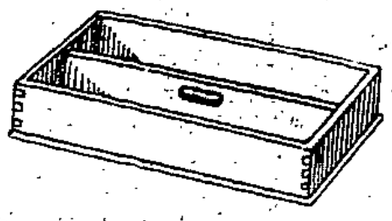
R-K-Mop, mit Stiel und Dose mit Politur **3.-**



Eierschränke für 16, 24 oder 30 Eier ... 1.75 1.25 **95 ₰**

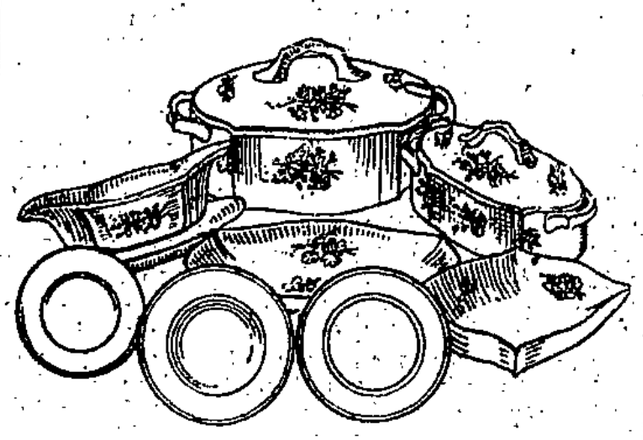


Serviertablett, groß, Buche mattiert ..... **50 ₰**

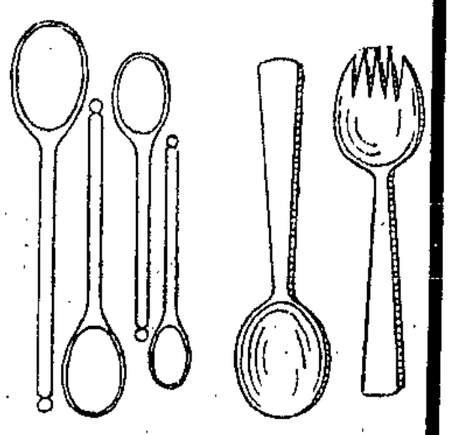


Messerkasten, zweiteilig, extra stark ..... **45 ₰**

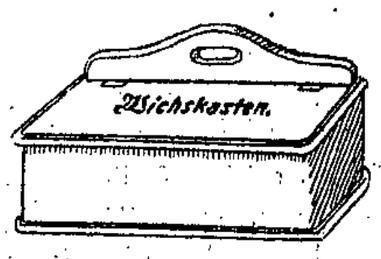
Kaffeeservice
für 6 Personen, 9teilig, schöne Formen und Farben 10.50 8.90 **5.90**



Eßservice
für 6 Personen, 23teilig, moderne Formen, sortierte Dekore 29.00 **24.50**

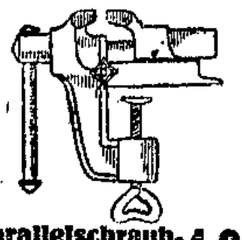


Kochlöffel verschied. Größen **15 ₰ 12 ₰**
Holz-Salatbestecke **15 ₰**



Wichs- oder Putzkasten sehr solide Ausführung 75 ₰ **65 ₰**

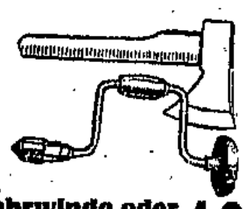
Küchenbretter, alle Größen mit Griff ..... 30 ₰ 25 ₰ **15 ₰**



Parallelschraubstock **1.20**

Elektr. Bügeleisen mit Zuleitung, 3 kg, 2 Jahre Garantie .. **7.75**

Kuchenteller mit Henkel, 24 cm Ø, Rosendekor ... **50 ₰**



Bohrwinde oder Beil ..... Stück **1.25**

Kuchenteller Porzellan, 19 cm Ø Japandekor ..... **50 ₰**

Fahrstuhl-verbindung

KARSTADT

Verkauf im 3. Stock

Lübecker Volksbote

1. Beilage — Dienstag, 28. Februar 1928 — Nummer 50

Freistaat Lübeck

Wollen wir die Konfirmation oder die Jugendweihe?

Jeder soll in seinem Glauben selig werden!

In seinem Glauben!

Wie steht es damit? — Glauben die Eltern, die ihre Kinder zur Konfirmation schicken — Oder weil es zum guten Ton gehört? — weil sie glauben, daß ihre Kinder vielleicht dann eine bessere Stellung bekommen? — Oder spielen noch andere selbstsüchtige Gründe mit? —

Wer sich den Glauben bewahrt hat, seine Kinder in diesem Glauben erzogen hat, scheidet hier aus. An ihn wenden wir uns nicht, weil wir seine Ansicht, seinen Glauben ehren. Wir wenden uns an die vielen, die nicht glauben.

Warum sind sie nicht ehrlich gegen sich selbst, gegen ihre Kinder? —

Sie wissen, daß die Kirchen zwar eine Lehre predigen, die hoch und heilig ist, daß sie aber — mit wenigen Ausnahmen! — nicht nach dieser Lehre handeln. Wenn es der Kirche ernst wäre mit ihrem Christentum, dann müßte sie mit allen Kräften, die ihr zur Verfügung stehen, sich für eine gewaltige soziale Reform einsetzen, dann müßte sie den Kampf gegen den schmutzigen Kapitalismus aufnehmen, gegen die Ausbeutung großer Massen unseres Volkes.

Sie müßte sich rückhaltlos für die Bodenreform einsetzen, sie müßte die Massen mit heiligem Willen zum Völkerfrieden erfüllen, gegen den Rassenhaß kämpfen! — Das sind alles Aufgaben, die als echt christlich anzusprechen sind.

Aber wie wenige Geistliche setzen sich mit aller Kraft für diese Ziele ein?

Nur einzelne sind es.

Die übrigen aber handeln geradezu entgegengesetzt.

Sie stärken die kapitalkräftigen Kreise, indem sie dem Volke predigen, daß der Arme im Himmelreich seinen Lohn finden würde. Sie treten nicht für dringende Reformen — Bodenreform und Bekämpfung des Wohnungselends — ein, um die Reichen auf Erden nicht zu erzürnen. Sie gehen mit den zum Kriege hetzenden Verbänden, statt Frieden auf Erden zu predigen.

Und wundern sich dann, wenn breite Massen unseres Volkes sich von der Kirche abwenden.

Die freireligiösen Gemeinden aber arbeiten an allen diesen das Wohl der Menschen auf Erden fördernden Aufgaben. Warum? — Weil sie nicht mit einem Jenseits rechnen, weil sie das Los auf Erden verbessern wollen, weil sie nicht einsehen können, daß ein Gott diese schlechten Zustände — Not und Elend — will!

Wir fühlen uns erdgebunden, mit der Erde verwachsen, berufen zum Kampf gegen alle Schäden, die Menschen auf der Erde hervorrufen.

Und wir glauben, daß wir Menschen die Zustände bessern können, weil Menschen sie verschuldet haben. —

Sollen wir nun unsere Kinder erst in dem alten Glauben erziehen?

Sollen sie erst die Irrwege gehen, die wir zurückgelegt haben?

Nein. Sie sollen gleich den neuen Weg gehen damit sie eher am Ziele sind. Sie brauchen die Umwege nicht einzuschlagen.

Vor fünf Jahren gingen in Lübeck acht Kinder zur Jugendweihe, in diesem Jahre über hundert!

Unsere Bewegung wächst unaufhörlich. Sie wird noch weiter wachsen, noch ganz andere Kreise ziehen, wenn alle Eltern, die innerlich längst mit der Kirche gebrochen haben, nun auch folgerichtig handeln: ihre Kinder zur Jugendweihe senden.

Erwacht!

Tragt nicht einen Widerspruch in euer Denken und Handeln!

Seid ehrlich!

Heute ist die Kirche keine Staatskirche mehr. Ihre Machtstellung ist dahin. Zwar möchte sie gerne durch ein Reichsschulgesetz die Kinder und Unmündigen ausgeliefert bekommen haben, weil sie weiß, daß sie die Erwachsenen nicht mehr bekommen kann.

Da heißt es erst recht für alle freien Menschen: Schickt eure Kinder nicht zur Konfirmation, schickt sie zur Jugendweihe!

E. R.

Nachklänge

Mittelstandsdemonstranten

„Also das haben wir glücklich geschafft", hörte man am Sonntag von vielen Seiten des Bürgertums. Alle waren sie da, Müller, Meyer, Schulze. Möglichst noch mit Weib, Kind und Kindeskindern. In den Ausstellungshallen war von den vielen gerauchten Brasil- und Havanna-Ausschuß-Zigarren eine Luft zum Durchschneiden. Der arme Mittelstand! Man sah es schon, wer zu sehen verstand, äußerlich. Er: behäbig, wohlproportioniert in allen Breiten, selbstzufrieden lächelnd. Sie: Im neuen Sonntagsstaat, möglichst Pelzmantel oder Pelzjacke, umduftet von Kölnisch-Wassergerüchen. Gesittet daneben Sohn und Tochter nach neuester Frühjahrsmode gekleidet. Motto: Not an allen Enden. Von äußerlicher Not freilich keine Spur, aber die sitzt wohl beim gewerblichen Mittelstand doch mehr im Innern und ist für uns gewöhnliche Sterbliche unsichtbar. Es fehlte nur das übliche Platzkonzert und man hätte wirklich ganz vergessen, daß es sich um eine Steuer-Demonstration handelte. Im übrigen war man aber doch bescheiden genug, um die Automobile der demonstrierenden, armen Mittelständler in die Seitenstraßen zu leiten. In der Wallstraße und am alten Bahnhof standen sie hübsch hintereinander gereiht in voller Harmonie mit einigen Kutschwagen der notleidenden Landwirtschaft. Und es geht dem Bürgertum doch so schlecht!

Die einzelnen Redner bemühten sich krampfhaft, die Not und das wirtschaftliche Elend in den Reihen der verschiedenen Mittelstandsgruppen mit den grellsten Farben an die Wand zu malen. Aber die Sonne schien am Sonntag doch ein bißchen zu hell und durchdrang diese Tünche. Ein herrlicher Sonnentag ist eben für Demonstrationen nicht sonderlich gut geeignet. Bisher hatten wir immer angenommen, daß das Bürgertum beim lieben Herrgott besonders gut angeschrieben wäre, aber am Sonntag vormittag sind wir eines Besseren belehrt worden: Ueber diese originelle Steuer-Demonstration hat selbst der Himmel gelacht! Doch wie dem auch sei: Hoffentlich nehmen Senat und Bürgerschaft ebenso wenig Notiz davon.

Leider funktionierten die eigens für den Massenbesuch aufgestellten Lautsprecher nicht einwandfrei Künstlerpech! Aber es hat wirklich niemand etwas dadurch verloren, und wurde zum mindesten eine Verkehrsstockung vermieden. Oder war es etwa bestellte Arbeit, um die zweite Versammlung im Hansa-Theater zustande zu bringen? Nichts Genaues weiß man nicht.

Am Abend ging es dann an den verschiedenen Stammtischen der Philister hoch her. Und man meinte des öfteren: „Heute haben wir den Proleten doch mal gezeigt, was eine Harke ist! Die Demonstration soll uns erst mal einer nachmachen, nichts?" Beruhigt drehte sich dann mit der nötigen Schwere der friedliche Bürgermann in seinem Bett auf die andere Seite und meinte „Schön war's heute doch, Mutter, — — — Ja, ja! Ein gutes Gewissen ist ein sanftes Ruhekissen."

Spektator

Die Welt steht offen . . .

aber nur Leuten mit Geld / Wenn Deutsche auswandern wollen / Warnung vor brasilianischen Kaffeeplantagen / Phantastische Hoffnungen auf Amanullah

Von Heinrich Gührig

Um dem Auswandererproblem eine wissenschaftliche Grundlage zu geben, ist kürzlich unter Mitwirkung namhafter Gelehrter eine „Zentralstelle für Wanderungsforschung" in Leipzig gegründet worden. Unser Mitarbeiter hat die „Reichsstelle für das Auswanderungswesen", die in allen größeren deutschen Städten mit Beratungsstellen zusammenarbeitet, über die Bedeutung der deutschen Auswanderung seit dem Kriege befragt.

Ein merkwürdiger Irrtum hat sich in den Gehirnen vieler Europamüder festgesetzt: wie die zuständigen deutschen Stellen melden, werden sie in den letzten Tagen von zahlreichen Personen bestürmt, Auswanderungsmöglichkeiten nach Afghanistan zu schaffen, und viele dieser nach Abenteuern suchenden Männer wollen sich sogar an den Emir von Afghanistan, der ja augenblicklich in Deutschland weilt, mit der Bitte wenden, ihnen bei der Auswanderung behilflich zu sein. Sie verkennen dabei ganz, daß Amanullah nicht Personalchef seines Staates und Afghanistan überhaupt kein Land für großzügige europäische Einwanderung ist. Aber diese Bestrebungen sind doch ein Beweis dafür, wie groß die Wanderungslust ist. Während in den letzten Jahren vor dem Krieg nur durchschnittlich 25 000 Menschen aus Deutschland auswanderten, haben

60 000 Deutsche im Jahre 1927 — gegen 115 000 im Jahre 1923 — ihr Vaterland verlassen,

um sich in fremden Ländern eine neue Existenz zu gründen. Weit größer wird in diesem Jahr die Zahl der Auswanderer sein; denn sehr viele Auslandsdeutsche werden an den Ort ihrer früheren Tätigkeit zurückkehren wollen, sobald ihr Eigentum in U. S. A. freigegeben worden ist. Gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten spukt übrigens das Traumbild eines Landes, in dem Milch und Honig fließt, in den Köpfen der Notleidenden, und nur zu oft fallen diese Optimisten in die Hände gewissenloser Leute, die ihnen unter falschen Vorspiegelungen

ihre letzten Ersparnisse abnehmen.

Um nun diesen dunklen Ehrenleuten das Handwerk zu legen, hat das Reich eine besondere Konzessionspflicht für Auswanderer-Beratungsstellen eingeführt; außerdem ist eine Reihe von halbamtlichen Beratungsstellen in Berlin, Bremen, Breslau, Dresden, Essen, Frankfurt a. M. Halle, Hamburg, Köln, Königsberg, Leipzig, Stuttgart und Stettin geschaffen worden

„Merkwürdige Ansichten", so berichtet der Leiter der Berliner Auskunftsstelle, „herrschen in weiten Bevölkerungsschichten über die Aussichten, die deutsche Auswanderer in fremden Ländern haben. Täglich kommen junge, abenteuerlustige Burschen zu mir, die völlig mittellos sind, die aber glauben, daß der Staat ihnen das Reisegeld schenken wird. Nicht selten sind die jungen Abenteurer bereit, sich auf einem Schiff anheuern zu lassen, um so das Reisegeld zu ersparen. Nur mit Mühe kann man ihnen die romantischen Pläne ausreden; denn es gibt gerade in Deutschland viel arbeitslose Seeleute, und die Gewerkschaften achten in den Hafenstädten scharf darauf, daß kein Außenseiter auf einem Schiff beschäftigt wird. Vor allem muß ich jedem Auswanderungslustigen sagen, daß, wie zu allem,

auch zum Auswandern Geld gehört.

Vermögenslose sind auch in überseeischen Ländern kein gern gesehener Bevölkerungszuwachs, und die meisten Staaten verweigen Ausländern die Einreise, wenn sie glauben, daß die Einwanderer der Oeffentlichkeit zur Last fallen würden. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wohin 90 Proz. der deutschen Auswanderer ihre Schritte lenken, schützen sich durch harte Bedingungen vor mittellosen Ankömmlingen. Der amerikanische Konsul verlangt nämlich vor Erteilung des Visums entweder den Nachweis, daß der Reisende eine bestimmte Summe besitzt, oder eine

Bürgschaftserklärung eines amerikanischen Staatsbürgers.

Außerdem nimmt Amerika jährlich nur 51 000 Deutsche auf, so daß bei der großen Zahl der Angemeldeten die meisten ungefähr ein Jahr auf die Einreiseerlaubnis warten müssen. Auch Kanada verlangt den Besitz von ungefähr 500 Mark oder den Abschluß eines Dienstvertrages mit einer kanadischen Firma; ebenso verfahren Mexiko und die mittelamerikanischen Staaten. Weniger ängstlich sind Argentinien, Chile und Paraguay, die keine besonderen Schwierigkeiten bereiten; auch für China, Japan und Niederländisch-Indien besteht keine Einreisebeschränkung. Diese Staaten kommen wegen der sehr hohen Reisekosten für deutsche Auswanderer fast gar nicht in Frage; kostet doch allein die Schiffsreise nach Japan in der billigsten Klasse ungefähr 1100 Mark. Australien verlangt den Nachweis, daß der Ankömmling ungefähr 800 Mark besitzt, und um nach Afrika einwandern zu können, muß man den Besitz von 1000 Mark nachweisen können."

Ins Reich der Fabel gehört es auch, daß in den überseeischen Ländern ein Bedarf an deutschen Arbeitskräften bestehen soll. Nicht nur in Deutschland besteht ein Arbeitslosenproblem —

fast die ganze Welt leidet unter Arbeitslosigkeit.

Gelingt es aber einem deutschen Arbeiter Anstellung in einem überseeischen Land zu finden, so muß er den Wettbewerb mit einheimischen Arbeitern aufnehmen, die an Klima und Lebensweise gewöhnt sind. Außerdem aber bieten eingewanderte Süd- und Osteuropäer ihre Arbeitskräfte weit billiger an, da sie ja viel geringere Lebensbedürfnisse haben. Vor einigen Jahren erhielten qualifizierte deutsche Industriearbeiter verlockende Angebote aus überseeischen Ländern. Es handelte sich jedoch nur um Spezialarbeiter, wie Strumpfwirker und Mechaniker für den Bau optischer Instrumente, und als man ihnen ihre Arbeitsmethoden abgesehen hatte, setzte man sie kurzerhand auf die Straße. Auch den

verlockenden Angeboten

von Firmen, die den Arbeitern freie Reise versprechen, soll man mißtrauisch gegenüberstehen, denn meist handelt es sich um brasilianische Unternehmer, die die Arbeiter dann auf Kaffeeplantagen verwenden wollen. Einer solchen Arbeit ist aber kein Europäer gewachsen. Er muß zugrunde gehen, wenn es ihm nicht gelingt, sich das Geld für die Rückreise zu erbetteln.

Die günstigsten Aussichten haben Landarbeiter,

die hauptsächlich in Australien und Kanada verlangt werden. So kann ein Landarbeiter in Kanada von April bis September ungefähr 120 bis 140 Mark wöchentlich — bei freier Wohnung und Verpflegung — verdienen; außerdem erhält er in den Erntemonaten eine tägliche Zulage von 12 bis 15 Mark. Ist aber die Ernte vorüber, dann drängt sich die Schar der Arbeitslosen in den Städten zusammen, und der Landarbeiter muß seine Ersparnisse aufzehren. Reichen sie nicht für einen Winter, so muß er sich als Holzfäller oder Holzstapler betätigen, und diesen körperlichen Anstrengungen sind nur wenige gewachsen. Einigermaßen günstige Aussichten haben noch Handwerker in Südbrasilien. Dort finden vor allem Zimmerleute Beschäftigung; doch müssen sie sich mit geringem Lohn zufrieden geben. Ungünstiger sind Ingenieure und Techniker gestellt, die nur ganz vereinzelt angefordert werden.

Trostlos aber sieht es für Kaufleute und kaufmännische Angestellte aus.

Sie haben keinerlei Aussicht, in fremden Ländern eine Stellung zu finden; es bleibt ihnen zuletzt nur noch übrig, harte körperliche Arbeit zu leisten, die schlecht bezahlt wird.

Ganz andere Chancen haben selbständige Landwirte, die über Kapital verfügen. Sie werden von jedem überseeischen Land mit offenen Armen aufgenommen, und in den Südstaaten von Brasilien, in denen eine große Anzahl Deutscher lebt, kann ein Landwirt schon für 3000 Mark genügend Grund und Boden erwerben. Um sich in Argentinien anzusiedeln, muß man 8000 Mark besitzen, und noch teurer ist es in Mexiko, wo ein kleines Anwesen 12 000 bis 15 000 Mark kostet. Ganz anders liegen die Dinge in

Südafrika,

wo man bäuerliche Kleinwirtschaften nicht kennt. Für eine Farm mit den nötigen Bewässerungsanlagen, auf der man Viehzucht treiben kann, muß man 20 000 bis 40 000 Mark bezahlen, und noch teurer ist der Grundbesitz in Südwestafrika, wo eine große, guteingerichtete Farm 50 000 bis 70 000 Mark kostet. Außerdem gibt eine deutsche Siedlungsgenossenschaft Land gegen Ratenzahlungen ab; doch muß sich der Bewerber verpflichten, vorher eine praktische Lehrzeit von zwei Jahren als Pflanzerassistent durchzumachen.

Niemand sollte ins Ausland gehen, ohne sich vorher bei der Beratungsstelle seines Bezirkes über die Eigenheiten seines Wanderzieles zu erkundigen; zwar wird diesen Stellen ihre Arbeit oft wenig gedankt, doch ist es ihnen oft gelungen, Auswanderer durch sachverständige Beratung vor Not und Elend zu bewahren.

Bildungsausschuß A.D.G.B., Afa und A.D.F.

Am Mittwoch, dem 29. Februar, 8 Uhr abends

Vortrag des Genossen

Langanke-Hamburg

über

Betriebsrätegesetz und die Wahl zu den Betriebsvertretungen

in der Aula der Ernestinenschule

Die Anwartschaft auf Arbeitslosen- und Krisenunterstützung

Allerlei Zweifelsfragen entstehen aus der Verschiedenheit der Vorschriften über die „Anwartschaft", je nachdem sie die Arbeitslosenunterstützung oder die Krisenunterstützung betreffen. In einem Bescheide hat der Präsident der Reichsanstalt — natürlich vorbehaltlich einer Entscheidung im Rechtsmittelzuge — kürzlich versucht, einige Klarheit in die Rechtslage zu bringen. Er führt aus:

„Erwirbt ein Arbeitsloser durch erneute Beschäftigung eine neue Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung, so erlöschen frühere Anwartschaften (95 Abs. 4 AVAVG.) und damit die Ansprüche auf restliche Unterstützungszeiten. Entsprechendes wird auch für die Krisenunterstützung gelten müssen. Uebt z. B. ein Arbeitsloser im Anschluß an einen zehnwöchigen Bezug von Krisenunterstützung eine versicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 13, aber weniger als 26 Wochen aus, so hat er damit die Anwartschaft für eine neue Höchstunterstützungszeit in der Krisenunterstützung (26 Wochen; Art. 3 Abs. 3 der Verordnung über Krisenunterstützung für Arbeitslose vom 28. 9. 27 —Reichsgesetzbl. I S. 315) erfüllt; der Anspruch auf die restlichen 16 Wochen Krisenunterstützung aus der früheren Unterstützungs-

periode ist dagegen erledigt. Möglicherweise hat der Arbeitslose durch die neue Beschäftigung eine neue Anwartschaft auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung erworben, z. B. wenn der Anspruch auf die erste Krisenunterstützung durch eine unmittelbar vorhergehende versicherungspflichtige Beschäftigung von 14 Wochen erworben war. Die Anwartschaft der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung würde der Anwartschaft auf Krisenunterstützung vorgehen. Bei der Berechnung der Anwartschaftszeit für versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung können auch solche Beschäftigungszeiten verwandt werden, die bereits zur Begründung der Anwartschaft auf die frühere Krisenunterstützung herangezogen worden sind, während sonst Beschäftigungszeiten, die schon einmal zur Begründung einer Anwartschaft gedient haben, für eine spätere Anwartschaft nicht mehr in Betracht kommen. (§ 90 Abs. 1 Satz 2 AVAVG.)

Bürgerschaftsfraktion!

Die Mitglieder des Bürgerausschusses versammeln sich am Dienstag nachmittag 5¼ Uhr im Rathaus.

Eine Kontrolle der Arbeitslosen, die Bezieher des Lübecker Volksboten sind, findet am Donnerstag, dem 1. März und Freitag, dem 2. März im Gewerkschaftshaus von 9 bis 11 Uhr statt.

pb. **Liebhaber von Süßigkeiten.** In der Nacht zum 26. d. Mts sind aus einer Bonbonfabrik in der Arnimstraße mittels Einbruches gestohlen worden: 6 Pfund Pralinen, 5 Pfund Spezialmischung, 8 Pfund Crémebruch, 74 Tafeln Schokolade, 30 Pfund Ananasschnitte, 3 Kartons Speiseschokolade, 5 Pfund Perzipanbruch und 100 Perzipanstangen. In derselben Nacht wurden aus einem Verkaufsraum eines hiesigen Kinos mittels Einbruches nachstehende Sachen gestohlen: 12,50 Mark Bargeld, eine Tischdecke, 51 Tafeln Schokolade und 50 Rollen Dropsbonbons. — Aus einem Hause in der Wahmstraße wurden zwei Bettlaken, 1 Bettbezug, 1 weißes Damenbeinkleid und 2 Handtücher gestohlen.

pb. **Verlassenes Motorrad.** Am 17. d. Mts. ist in der Wirtschaft „Weinberg", Ratzeburger Allee 73, von einem jungen Manne ein Motorrad untergestellt worden und bisher nicht wieder abgeholt. Das Motorrad ist Marke „Wanderer" und trägt das Erkennungszeichen I. P. 69 059. Der Eigentümer des Rades wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei, Zimmer 6, zu melden.

Die Belegschaft der Firma Thiel & Söhne befindet sich wegen Lohndifferenzen im Streik. Zuzug ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck

Ueber die Firma Villeroy & Boch in Dänischburg ist für Maurer und Zimmerer die Sperre verhängt worden. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Vorstände des Baugewerkbundes und des Zentralverbandes der Zimmerer.

*

Schlutup. Die Kontrolle der arbeitslosen Bezieher des „Lübecker Volksboten" findet am Sonnabend 8 Uhr bei Saborowski statt.

Aus Lübecker Gerichtssälen

Wegen Betruges war der Schlachtermeister H. M. in Görnitz angeklagt. Er war bei einem hier wohnenden Großschlachter erschienen und hatte um Fleischlieferung ersucht. Die Lieferung wünschte er auf Kredit und erklärte, daß er sich in guten Vermögensverhältnissen befinde und auch in der Lage sei, die ihm gelieferte Ware bezahlen zu können. Er stellte sich als Besitzer eines Anwesens im Werte von 35 000 Mark dar, auch sei der Betrieb mit Maschinen gut ausgerüstet. Auf Grund seiner Angaben wurde er auch beliefert bis zu einem Betrage in Höhe von etwa 800 Mark. Als dann aber Bezahlung erfolgen sollte, stellte sich heraus, daß er vollständig mittellos war und seine Versprechungen gar nicht innehalten konnte. Das Gericht bewilligt dem Angeklagten trotz seiner vorgebrachten großen Unwahrheiten mildernde Umstände zu und erkennt aus diesem Grunde auf eine Geldstrafe von 300 Mark.

Wegen Diebstahls mußte sich die Hausangestellte E. F. verantworten, der zur Last gelegt wird, auf ihrer Arbeitsstelle sechs silberne Messer und sechs silberne Gabeln sich rechtswidrig angeeignet zu haben. Sie ist bis her unbestraft, andererseits wurde aber berücksichtigt, daß sie ihren Dienstherrn bestohlen hat. Eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen erschien dem Gericht eine ausreichende Strafe, für die ihr jedoch bedingte Begnadigung bewilligt wird.

Transportgefährdung. Der Kraftwagenführer F. L. fuhr mit einem Kraftwagen durch die Schwartauer Allee in Richtung Schwartau. In Höhe der Drögestraße wollte er einen dort fahrenden Straßenbahnzug überholen. Er kam aber mit dem Wagen zu dicht an den Kantstein, der Wagen wurde zurückgestoßen und flog gegen die Straßenbahn. Durch diesen Zusammenstoß wurde an dieser eine Scheibe zertrümmert, ohne glücklicherweise Fahrgäste zu verletzen. Der Angeklagte hat sich als langjähriger Kraftwagenführer noch nie etwas zu schulden kommen lassen, in diesem Fall mußte doch festgestellt werden, daß er nicht vorschriftmäßig gehandelt hat. Das Gericht erkennt auf eine Geldstrafe von 25 Mark.

Wegen vorsätzlicher Brandstiftung war der Handlungsgehilfe F. H. angeklagt. Er ist geständig, am 7. Februar d. Js. eine im Forstort Schweriner Gehölz stehende Gerätebude in Brand gesteckt zu haben. Er erklärt, daß er von dem Vorarbeiter mit Arbeiten beschäftigt worden sei, die er nicht habe ausführen können, weil er magenkrank sei. Er sei fortgeschickt; um sich bei der Arbeitsbehörde zu melden und sei dann entlassen. Hierüber habe er sich geärgert und habe etwa eine Woche später den Entschluß gefaßt, aus Rache die Bude anzuzünden. Nach Zertrümmerung einer Fensterscheibe sei er hineingeklettert, habe herumliegende Sachen mit Petroleum besprengt und dann die Bude angesteckt. Hierauf habe er sich entfernt und habe sich, als er die Bude hell brennen sah, der Polizei gestellt, weil er der Ansicht war, doch bald festgenommen zu werden. Der Angeklagte ist bisher nicht vorbestraft, und das Gericht berücksichtigt sämtliche Umstände zugunsten des Angeklagten, damit er vor der gesetzlich angedrohten Zuchthausstrafe verschont bleibt. Das Urteil lautet auf eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten. Mit Rücksicht auf seine Jugend soll der Angeklagte aber auch noch vor dem Gefängnis bewahrt werden und ihm wird Gelegenheit gegeben, sich durch tadellose Führung während der nächsten drei Jahre Straferlaß zu verdienen.

Seeamt

Ein Unfall des Stettiner Dampfers „Lina Kunstmann"

der ausfahrend den Stülper Lichtpfahl stark beschädigte, beschäftigte, wie erinnerlich, vor kurzem das Seeamt. Dieses hielt damals zur weiteren Klärung des Sachverhalts die Ladung neuer Zeugen für notwendig, unter deren Zuziehung am Montag in der Angelegenheit verhandelt wurde.

Der Kapitän und der erste Steuermann der „Lina Kunstmann" wiederholen im allgemeinen ihre Aussagen in der ersten Verhandlung, daß das Feuer des Stülper Pfahles nicht oder nicht wie vorgeschrieben gebrannt habe; es könne auch durch eine Rauchfahne verdeckt gewesen sein. Die Besatzung des Schleppers „Travemünde", die kurz vor der „Lina Kunstmann" traveabwärts fuhr, hat an dem Stülper Pfahl nichts Besonderes wahrgenommen.

Wesentliches bekundet der Lotse, der sich auf dem etwa 500 Meter hinter der „Lina Kunstmann" fahrenden „Ludwig Kollberg" befand. Er hat das Stülper Feuer deutlich gesehen; es kann aber sein, daß es ab und zu von den durch Westwind über das Wasser getriebenen Rauchschwaden des Hochofenwerkes verdeckt wurde.

Der Reichskommissar sah aus den Zeugenaussagen festgestellt, daß das Stülper Feuer vorschriftsmäßig gebrannt habe. Er machte dem Kapitän der „Lina Kunstmann" den Vorwurf, daß er sehr weit außerhalb des Fahrwassers gefahren sei und dann ohne jegliche Mitteilung von dem Unfall in See gegangen sei. Zwar will er dem Schlepper eine derartige Nachricht zugerufen haben, was aber völlig ungenügend sei. Jedenfalls sei das ganze Verhalten des Kapitäns derart, daß ihm die Befugnis, das Travewasser ohne Lotsen zu befahren, zu entziehen sei.

Der Spruch des Seeamtes stellte als Ursache des Unfalles fest, daß der Dampfer „Lina Kunstmann" im Fahrwasser zu weit nach Backbord gewesen sei. Daß das Licht des Stülper Pfahles nicht gebrannt habe, ist nicht festgestellt. Zu beanstanden ist, daß der Kapitän keine Meldung von dem Unfall erstattet hat. (Dem Schiffsführer die Befugnis, ohne Lotsen zu fahren, zu entziehen, liegt nicht in der Befugnis des Seeamtes.)

Neues aus aller Welt

Ein entsetzlicher Kinobrand

bei dem 30 Personen ums Leben kamen, hat das italienische Dorf Moriago in der italienischen Provinz Treviso heimgesucht. Das im ersten Stockwerk eines Hauses gelegene Dorfkino war am Sonntag abend zum Brechen voll. Plötzlich fing der Film Feuer. Der Brand griff blitzschnell auf den Zuschauerraum über und unter den Besuchern des Kinos entstand eine grauenhafte Panik. Der Lichtspieltheatersaal hatte unglücklicherweise nur einen Ausgang. Unter wilden Schreckensrufen stürzte alles nach der einen Tür. Durch die Fenster konnte sich niemand retten, da diese — man sollte es nicht für möglich halten — mit Gittern versehen waren. In dem grauenhaften Gedränge, in dem einer den anderen brutal niedertrampelte, wurden Frauen und Kinder erdrückt und totgetreten. Bisher sind 30 Tote und ebenso viel Schwerverletzte gemeldet. Auch der Kino-Operateur befindet sich unter den Opfern. Der Bürgermeister des Dorfes und seine Frau, die ebenfalls im Kino waren, konnten sich nur mit knapper Not retten.

Schweres Lawinenunglück in Tirol

Drei deutsche Touristen getötet

Drei Skifahrer aus Leipzig kamen am 15. Februar zum Naturfreundehaus am Padasterjoch bei Steinach, um von dort aus Skitouren zu unternehmen. Die drei Touristen ließen ihre Rucksäcke in der unbewirtschafteten Hütte zurück und wurden seit dem 19. nicht mehr gesehen. Die Nachforschungen ergaben, daß die drei Touristen in der Nähe der sogenannten Kirchbachreisen von einer großen Lawine in die Tiefe gerissen wurden, wobei sie zweifellos den Tod gefunden haben. Es handelt sich um den 23jährigen Schriftsetzer Friedrich Reiche, den 22jährigen Mechaniker Rudolf Schmidt und einen dritten Leipziger Touristen, dessen Identität noch nicht festgestellt werden konnte. Eine Bergungsexpedition ist unterwegs.

Springflut in Brasilien

In Rio de Janeiro wurden am Montag durch eine Springflut 8 Personen getötet und mehr als 20 verletzt. Mehr als 200 Häuser stürzten unter der vernichtenden Wucht der entfesselten Elemente zusammen.

Aufsichtsrat-Könige

In diesem Jahre ist es der Berliner Bankier **Jakob Goldschmidt**, der über die meisten Aufsichtsratsmandate verfügt. Wie aus dem soeben erschienen Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte hervorgeht, bekleidet Jakob Goldschmidt in nicht weniger als 94 Gesellschaften das Amt eines Aufsichtsrates. Er kann sich also, da dieses Amt sehr gut bezahlt wird, nicht beklagen und wird nicht in die Verlegenheit kommen, mal arbeitslos zu werden.

Direktor Herrmann von der **Deutschen Bank** übt „nur" 67 Aufsichtsratsmandate aus. Ihm folgen der Bankier Weißenberg (Dresden) mit 65 und der Kölner Bankier Louis Hagen mit 62 Mandaten. Auch der Beherrscher der Kaliindustrie, Generaldirektor Korte, stellt zahlreichen Unternehmungen seine „Arbeitskraft" zur Verfügung. Das Handbuch zählt ihn 53mal als Aufsichtsrat auf. Der demokratische Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt H. Fischer ist Aufsichtsrat in 49 Gesellschaften. Felix Deutsch von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG.) begnügt sich mit 40 Mandaten.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der Unfug des Aufsichtsratsmandats im letzten Jahre zugenommen hat. Hugo Stinnes, der doch in allen möglichen Wirtschaftszweigen steckte, übte nur 60 Mandate aus. Walter Rathenau war in 50 Gesellschaften Aufsichtsrat. Jakob Goldschmidt übertrifft sie in diesem Jahre mit 94 Mandaten ganz erheblich. Eine andere Frage ist, wie z. B. Goldschmidt seine Pflichten in den zahlreichen Gesellschaften erfüllt. Ein genialer Kaufmann kann sich unter Umständen eingehend um ein Dutzend, schließlich auch um zwei Dutzend Gesellschaften kümmern. Daß aber ein einzelner Mensch das Aufsichtsratsamt in 94 zum Teil sehr großen Gesellschaften pflichtgemäß versehen kann, ist ausgeschlossen. Das Amt des Aufsichtsrates ist heute in Wirklichkeit eine große Komödie. Es erschöpft sich darin, daß die Inhaber der Mandate den von den Direktoren aufgestellten Abschluß gutheißen. Dafür beziehen sie jährlich eine Tantieme von 3000 bis 15 000 Mark.

Nach dem Gesetz soll der Aufsichtsrat kontrollierende Instanz, gewissermaßen ein Sicherheitsfaktor für die Geldgeber des Unternehmens sein. Der Sinn der Bestimmung geht aber naturgemäß verloren, wenn sich die einzelnen Industriellen derart mit Mandaten überlasten, daß sie für eine wirkliche Kontrolle des Unternehmens nicht in Frage kommen.

Schwere Grubenkatastrophe

Sechs Tote, 31 Verletzte

Auf der etwa 15 Kilometer von Köln entfernt gelegenen Braunkohlengrube Hubertus in Brüggen ereignete sich am Sonnabend abend gegen 9 Uhr ein schweres Explosionsunglück. In der Entstaubungsanlage entzündete sich Kohlenstaub und explodierte. Das furchtbare Getöse war in einem Umfange von 10 Kilometer zu hören. Die ganze Anlage bildet ein Bild grauenhafter Zerstörung. Die sämtlichen Lichtleitungen wurden zerstört, so daß die Unglücksstelle in tiefem Dunkel liegt. Sie wird nur von Fackeln notdürftig erhellt. Die Feuerwehr mußte zurückgezogen werden, da die Gefahr weiterer Explosionen vorliegt. 31 Verletzte, darunter 4 Schwerverletzte, wurden in die benachbarten Krankenhäuser gebracht. Soviel bis jetzt feststeht, sind 6 Personen getötet und etwa 40 mehr oder weniger schwer verletzt.

Der Brand ist noch nicht vollständig gelöscht, obwohl die maschinellen Anlagen unter Wasser gesetzt sind.

Unter der Fuchtel eines Weibes

Dunkle Punkte bei der Bonner Polizei

Ein Weibsteufel schlimmster Sorte wurde dieser Tage vor dem Schöffengericht in Bonn entlarvt. Verhandelt wurde gegen einen Doktor S. aus Köln wegen Beleidigung der Kriminalpolizei. Dr. S. wird beschuldigt, in verschiedenen Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft und beim Regierungspräsidenten Beleidigungen begangen zu haben. Die Anzeigen waren mit seinem Namen nicht unterzeichnet, sie sollen jedoch auf seinem Bureau geschrieben worden sein. Die Verhandlung brachte über die angeblich beleidigte Frau Julie Krempel und die Bonner Kriminalpolizei sensationelle Enthüllungen. Frau Krempel hatte ein Verhältnis mit einem verheirateten Sänger aus Beuel bei Bonn. In ihrem Hause in Bonn veranstaltete sie von Zeit zu Zeit mit Männern wahre Orgien. Der Sänger, ihr Liebhaber, der im Juni vergangenen Jahres im Städtischen Krankenhaus in Essen in der Armenabteilung gestorben ist, stand infolge sexueller Hörigkeit völlig unter der Fuchtel der Frau Krempel. Die total gebrochene Frau des Sängers, die als Zeugin vernommen wurde, erklärte, daß ihr Mann auf Anstiftung der Krempel Weihnachten 1921 einen Mordversuch verübt habe. Die Krempel hatte ferner einen Einbrecher gedungen, der bei der Familie des Sängers einen Einbruchsdiebstahl verüben sollte. Diese Verbrechen wurden bereits im November 1927 bei der Oberstaatsanwaltschaft gemeldet. Am 30. Januar erklärte aber der Staatsanwaltschaftsrat Neuhoff, in der Verhandlung, er könne gegen die Frau Krempel nicht vorgehen, weil die Tochter des Sängers den Strafantrag zurückgezogen habe. Das wird jedoch von Mutter und Tochter bestritten. Die Witwe des Sängers versicherte, daß sie **nie bei der Bonner Polizei Schutz gefunden habe.** Der verstorbene Sänger habe einmal zu ihr gesagt: „Es war noch nicht warm bei der Polizei, was du dort hingeschrieben hast und schon wußten ich und mein Julchen Bescheid. **Mein Julchen hat sie alle in der Hand, mit allen steht sie per Du.** Für einen Schnaps und ein Glas Bier erreiche ich alles." Wie verlautet, soll die Krempel als Spitzel für die Sittenpolizei beschäftigt gewesen sein. Auch bei der französischen Besatzung in Bonn soll sie sich betätigt haben. Sie wird mit verschiedenen Ausweisungen in Zusammenhang gebracht. In einigen anderen Prozessen, in die die Krempel verwickelt ist, sind Eidesverletzungen vorgekommen. Allem Anschein nach ist hier ein stinkender Sumpf aufgedeckt worden, der wohl noch manchem zum Verhängnis werden dürfte.

Belagerung eines Bauernhauses

Gasangriff der Polizei

Ein hartnäckiger Krieg ist in dem kleinen Ort Jar in Südfrankreich zwischen einem Landwirt und der Polizei ausgebrochen. Der Landwirt hatte wegen eines Vergehens 14 Tage Gefängnis erhalten, weigerte sich aber, die Strafe anzutreten. Als ihn nun der Dorfpolizist verhaften wollte, verschanzte er sich in seinem Hause und eröffnete das Feuer. Polizeiverstärkung aus den Nachbarorten wurde herbeigeholt, und es begann eine förmliche Belagerung, die nun schon seit Donnerstag vergangener Woche erfolglos andauert. Einmal hatte die Polizei einen Gasangriff versucht. Sie war auf das Dach des Hauses geklettert und hatte mehrere Bomben durch ein Loch in das Haus hineingeworfen. Der Bauer aber öffnete die Fenster und durch den Luftzug wurde das Gas wieder herausgetrieben. Gestern wurde eine Verwandte des Bauern zu ihm als Parlamentarin gesandt, um ihn zum Nachgeben zu veranlassen. Er sagte aber: „Ich habe weder gestohlen noch gemordet. Ich lasse mich nicht ins Gefängnis stecken. Lebend wird mich die Polizei nicht erwischen und wenn 100 Mann anrücken".

Achtung Gewerkschaftsmitglieder!

Denkt an die Betriebsratswahl

(siehe Terminkalender vom 22. Februar)

Der Untergang des Motorseglers „Lübel"

Mit einer Ladung Weizen verließ am 7. November das der Baltischen Segelschiffsreederei gehörende Schiff Brunsbüttelkoog mit dem Bestimmungsort Aberdeen, wo es aber nicht eingetroffen ist. Der Segler ist im Juli 1927 in Neustadt aus Stahl erbaut, hatte einen Rohölmotor von 200 PS und 11 Mann Besatzung, darunter 4 Jungen. Seit der Abfahrt von Brunsbüttelkoog fehlt jegliche Nachricht, ein Rettungsring und ein Rettungsboot mit dem Namen „Lübel" sind an der schottischen Küste angetrieben. Zur Zeit der Ueberfahrt herrschte kein Sturm, wohl aber Schnee und Nebel.

Der Reichskommissar sah als Ursache des Unfalls, der den Segler zweifellos betroffen hat, drei Möglichkeiten: einen Zusammenstoß im Nebel, Kentern in schlechtem Wetter oder Strandung. Letztere Annahme hat die meiste Wahrscheinlichkeit. Die Bauart des Schiffes schien dem Reichskommissar wenig dazu angetan, den Segler bei schlechtem Wetter in der Nordsee zu verwenden. Als Ursache des Unfalls käme dieser Umstand allerdings nicht in Frage, da kein stürmisches Wetter herrschte. Die genaue Ursache sei nicht festzustellen.

Der Spruch des Seeamtes erging im Sinne dieser Ausführungen mit dem Hinzufügen, daß anzunehmen sei, der Motorsegler sei an der Küste Schottlands gestrandet.

Freie Rundfunkvorträge

Hörsaal der Volkshochschule, Hundestraße 1, Hofgebäude 1. Etage

Mittwoch, 29. Februar

15.00 Uhr: Gemeinschaftserziehung in einer Mädchenklasse (Mittelschulrektorin Dr. Rosenow). — 16.00 Uhr: Aus dem preußischen Kultusministerium. — 16.30 Uhr: Einführung in die moderne Musik: Max Reger (II) (Alois Melichar). — 17.00 Uhr: „Was Großmutter sang".

Theater und Musik

Stadttheater

Orpheus und Eurydice
Oper in drei Akten von Gluck

In neuer dramaturgischer Bearbeitung von Hans Wölffer.

Die Wichtigkeit des Chors für die dramatische Gestaltung antiker Stoffe liegt auf der Hand. Glucks Bestrebungen, im Gegensatz zu den Gepflogenheiten seiner Zeit. — Metastasio, der auf dem Gebiete der Operndichtung damals fast unumschränkt gebietende ruhmgekrönte Hofdichter, hatte den Chor fast ganz in den Hintergrund gedrängt — die Aufgaben des Chors zu erweitern und zu bereichern, waren in mancher Beziehung bahnbrechend, zum mindesten vorbereitend. „Orpheus" ist in erster Linie eine Choroper. Von großer Ausdruckskraft sind auch die Gluckschen Pantomimen. Méhul, der Komponist der Oper „Joseph in Aegypten", berichtet Wissenswertes über die Art ihrer Entstehung. Als 16jähriger Jüngling fand er einmal Gelegenheit, Gluck bei der Arbeit ungesehen zu beobachten. Der Meister gestaltete die Musik zu einer Pantomime. Méhul bemerkte, daß Gluck plötzlich sein Spiel am Klavier unterbrach, „um im Tanzschritt genau die Bewegungen des Balletts auszuprobieren". Es erhellt daraus, welche Bedeutung er der pantomimischen Szenen in seinen Opern beimaß und mit welcher Sorgfalt er bei ihrer Anlage zu Werke ging. Auch bei den Pantomimen im „Orpheus" hat man den Eindruck, „daß die Gebärden eines Trauerzeremoniels sich in der ausdrucksvollen Musik deutlich wiederspiegeln".

Welch eindringliche Wirkung gerade von der Wiedergabe der Chorszenen im „Orpheus" ausgehen kann, wurde durch die hochstehende, prachtvoll abgerundete Aufführung überzeugend dargelegt, die wir vor zwei Jahren unter der Leitung Eggerts und Mannstaedts im hiesigen Stadttheater erleben durften, eine Wirkung, die nur ausnahmsweise erreichbar, geschweige zu überbieten sein dürfte. Hans Wölffer ist noch einen Schritt weitergegangen als die Leiter der damaligen Aufführung; er hat den singenden Chor ganz von der Bühne verbannt. Die Pantomimen wurden ausgeführt von den Hamburger Bewegungschören Rudolf von Labans. Ueber Steigerung und Störung der Illusion durch diese durchgreifende Neuerung sei hier nicht gerechtet; der Versuch war in jeder Beziehung interessant und wird sich — dessen bin ich gewiß — weiter auswirken. 40 Tänzer und Tänzerinnen aus der Schule Labans stellten die kultischen Chöre, erschienen als trauernde Gefährten selige Geister, Bachantinnen und Furien. Der Eindruck war stellenweise stark und wuchtig, die Ausführung — für die Chorengraphie zeichnete Rudolf von Laban, für die tänzerische Leitung Albrecht Knust — entsprach dem Ruf, den die Bestrebungen und Veranstaltungen Labans seit langem genießen. Entzückend war die Erscheinung des Götterboten, den Else Boy verkörperte. Zu bedauern blieb es allerdings, daß die Stimme aus der Höhe mit dieser Erscheinung so wenig übereinstimmen wollte. Endlich hörten wir in Lübeck auch die Orpheusnartie von einem Tenor gesungen. Als Gluck 1762 die Rolle für Alt schrieb, dachte er an den damals berühmten Kastraten Guadagni, der in der Uraufführung (3. Oktober 1762 in Wien) den Orpheus sang. 12 Jahre später nahm Gluck für die Pariser Oper eine völlige Neubearbeitung vor, die als die von ihm gewollte endgültige Fassung zu gelten hat. In dieser ist der Orpheus einem Tenoristen zugefallen (daß Berlioz in der von ihm vorgenommenen Revision die Lesart für Alt — Pauline Viardot-Garcia sollte die Partie singen — wieder hergestellt hat, kann an der Tatsache nichts ändern). Auch Saint-Saens und Tiersot bringen in ihrer Glückausgabe überzeugende Gründe vor für die Besetzung mit einem Tenor. Gluck hatte allerdings dem Sänger Legros allerhand Zugeständnisse gemacht, mit denen nicht jeder einverstanden zu sein braucht (er hatte für ihn eine Bravourarie eingeschoben und ließ am Schluß der Arie, um das „Uebermaß" des Schmerzes zu schildern, hohe, bis zum zweigestrichenen d geführte Koloraturen ausführen). Dr. Michael Nasta war, anscheinend infolge einer verhängnisvollen Erkältung, die die Freiheit seines Organs empfindlich beeinträchtigte, leider nicht in der Lage, die Macht des Gesanges glaubhaft zu illustrieren, durch die wilde Tiere gezähmt und seelenlose Schatten in einem Maße gepackt werden, daß sie Eurydice freigeben. Schauspielerisch dagegen war der Sänger — Liszt betont in einer interessanten Studie, daß viele Szenen eine ganz bedeutende dramatische Begabung voraussetzen — seiner schwierigen Aufgabe voll gewachsen. Stimmlich und darstellerisch gleich ausgezeichnet war die Eurydice von Etel Hubert. Der Beifall des vollbesetzten Hauses, der wohl vor allem den Jüngern Labans und dem jüngsten Orpheus-Bearbeiter, Hans Wölffer, galt, war unverhältnismäßig stark. H. D.

Faschingsdialog

„Als was gehen Sie denn heute abend, Herr Kollege?"
„Ja, ich wollte mich eigentlich als Republikaner maskieren."
„Na, hören Sie mal, das ist denn doch nicht das passende Kostüm für einen höheren Staatsbeamten!"

Störungsstelle verlange ich am Telephon. Da sagt Susi leise: „Mutti, warum sagt denn der Papa Störungsstelle, wohl weil wir ihn beim Telephonieren stören!" — Und als ein Klopfer kaputtgemacht ist, findet Susi: „Der nickt bloß noch."

Schiffsnachrichten

Lübeck Linie Aktiengesellschaft

D. „Sankt Lorenz" ist am 25. Februar in Riga angekommen.
D. „Sankt Jürgen" ist am 25. Februar, 20 Uhr von Neufahrwasser nach Königsberg abgegangen und daselbst am 26. Februar, 4 Uhr angekommen.
D. „Danzig" passierte Holtenau am 26. Februar, 2 Uhr auf der Reise von Danzig nach London.

Angekommene Schiffe

27. Februar.

M. Olga, Kapt. Nielsen, von Hadersleben, 4 Tg. — M. Familien Hopp, Kapt. Gustafson, von Lysekil, 8 Tg. — D. Desla, Kapt. Nagel, von Storugus, 2 Tage. — D. Göthe, Kapt. Norlin, von Norrköping, 2 Tg. — D. Aug. Bröthau, Kapt. Vonnilsen, von Eckernfund, 2 Tg. — D. Bgmstr. Lafrenz, Kapt. Hammer, von Burgstaaken, 4 Std. — M. Signilo, Kapt. Abrahamson, von Lysekil, 5 Tg. — M. Martha, Kapt. Wieck, von Nakskov, 1 Tg. — M. Gertha, Kapt. Elsen, von Kopenhagen, 4 Tg. — M. Wilhelmine, Kapt. Bundt, von Aarhus, 1 Tg. D. Seeadler 1, Kapt. Mews, von Wismar, 3 Std. — D. Mira, Kapt. Sundqvist von Helsingfors, 3 Tg.

28. Februar.

D. Arthur Kunstmann, Kapt. Kloppenburg, von Rotterdam, 2½ Tg. — M. Elske, Kapt. Karlsson, von Lysekil, 3 Tg.

Abgegangene Schiffe

27. Februar.

D. Steinbult, Kapt. Maad, nach Altona, leer. — Motorkahn Rudolf, Kapt. Behrens, nach Neustadt, Mais. — M. Helene, Kapt. Lütge, nach Burgstaaken, Phosphat. — D. Reval, Kapt. Eiggert, nach Reval, Stückgut.

28. Februar.

D. Insterburg, Kapt. Agrell, nach Bungenäs, leer. — M. Emma, Kapt. Beckmann, nach Sirner, Ammoniak. — M. Leda, Kapt. Hennings, nach Randers, Briketts. — D. Lina Kunstmann, Kapt. Wietstock, nach Rotterdam, leer. — M. Astor, Kapt. Olsson, nach Venle, Kell. — M. Johanne, Kapt. Petersen, nach Arhus, Oelkuchen.

Lübeck Wyburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft

D. „Wiborg" ist am 26. Februar, 13 Uhr in Lubeck angekommen.
D. „Imatra" ist am 25. Februar von Palermo nach London abgegangen.

Verantwortlich für Politik und Weltwirtschaft: Dr. Fritz Solmitz.
Für Freiland Lubeck und Feuilleton: Hermann Bauer
Für Inserate: Carl Lurckhardt.
Druck und Verlag: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten

Ein großes Schadenfeuer

suchte das Dorf Cacherin bei Dömitz in Mecklenburg heim. Fast das halbe Dorf wurde vernichtet. Es wurden nicht weniger als 13 Gebäude eingeäschert, darunter befanden sich sieben Wohnhäuser und drei große Scheunen. Der Brandschaden wird auf ¼ Million Mark geschätzt. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch immer nicht geklärt.

Gewinnauszug

5. Klasse

30/256. Preuß.-Südd. Klass.-Lotterie

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

16. Ziehungstag — 25. Februar 1928

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 170123
2 Gewinne zu 5000 M. 210365
4 Gewinne zu 3000 M. 9158 276061
8 Gewinne zu 2000 M. 53645 215001 317579 341382
30 Gewinne zu 1000 M. 63708 64872 81671 110035 155994 213683 243678 261597 272479 281185 284009 301256 302686 313891 361742
58 Gewinne zu 500 M. 8058 18611 40725 56625 65423 80900 95297 107583 154854 155815 169373 169447 171742 187639 194322 210558 214392 232335 235005 242451 277917 299590 303965 316463 320460 334150 338679 340112 369276
226 Gewinne zu 300 M. 3058 6824 13193 14097 24032 24107 24951 38228 38583 39089 42640 45058 52857 58565 60864 62246 66952 70628 78915 77735 78199 80197 81700 88698 89253 91024 91077 93642 98733 100187 101242 104134 111127 113350 121090 122575 124386 125839 134160 137187 144611 144753 148078 149164 156935 165968 179846 189229 191151 192888 201091 204157 205911 209449 211099 211204 212115 212646 216942 217278 217782 218099 223886 224464 228587 232925 235292 236228 238765 240177 243237 243351 247687 248852 251097 251551 252190 254857 256428 261691 261910 263057 266471 269737 274959 284748 289774 300036 300351 301139 301781 305302 306405 306933 312132 312957 313991 316464 318099 329396 330241 330718 334739 337730 339515 344897 348202 349079 352059 356004 360648 361245 365184

17. Ziehungstag — 27. Februar 1928

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 315432
2 Gewinne zu 5000 M. 103244
6 Gewinne zu 3000 M. 116841 120578 126409
16 Gewinne zu 2000 M. 10817 130459 193332 204164 293336 318888 345182 356786
32 Gewinne zu 1000 M. 5966 18723 19724 100172 105948 147049 166335 182288 191692 197839 207018 211260 253093 257796 261739 339297
56 Gewinne zu 500 M. 467 19103 20491 26738 43849 44030 56736 65394 100451 120171 155882 164546 166708 177019 177457 196520 205914 210974 213793 243792 281650 286197 287339 323624 330710 340041 358977 359166
176 Gewinne zu 300 M. 6755 11768 13676 16701 18546 21945 25564 29909 32010 32788 33450 35557 50272 52826 72540 86107 90356 96253 109081 109434 121966 123635 125505 125672 127620 130155 130867 133259 138739 138926 141799 143841 144602 160110 161081 162233 166155 166833 169936 183621 184497 191847 202940 207593 211985 216734 223428 228517 234476 234999 236906 238718 239825 239975 243293 247012 247614 249336 250782 252233 252665 253966 254872 272893 274248 286329 287196 287310 295880 304028 305014 305280 308655 311115 311250 316416 322241 325360 326533 342956 347223 347435 350103 350569 351703 353831 360258 366269

Im Gewinnrabe verblieben: 2 Prämien zu je 500000 M., 2 Gewinne zu je 500000 M., 2 Gewinne zu je 200000 M., 2 Gewinne zu je 100000 M., 2 Gewinne zu je 75000 M., 10 Gewinne zu je 25000 M., 42 Gewinne zu je 10000 M., 82 Gewinne zu je 5000 M., 172 Gewinne zu je 3000 M., 378 Gewinne zu je 2000 M., 784 Gewinne zu je 1000 M., 2062 Gewinne zu je 500 M., 5170 Gewinne zu je 300 M.

Bei Salamander ist jeder Schuh im Schaufenster mit Preis ausgezeichnet,

weil jeder Schuh preiswert ist.

Wir haben nur die 6 Preislagen:

12.50 15.50 18.50 21.– 24.– 27.–

MARKE SALAMANDER

SALAMANDER

Breite Straße 47 — **LÜBECK** — **Telephon 27069**

Nicht die Verkaufspreise

bestimmen die Qualitäten

sondern nur Einkauf und geringe Geschäftsunkosten bestimmen die Verkaufspreise

Unsere Ausstellung bringt die modernen Erzeugnisse der

Möbel-Industrie!

Wir zeigen eine Auswahl, wie Sie dieselbe am Platze nicht finden

Eichen-Herrenzimmer von 410.-
Eichen-Speisezimmer von 500.-
Eichen-Schlafzimmer von 635.-

auch in echt Birke, Nußbaum, Mahagoni, Kirschbaum, Vogelahorn usw.

Wir führen Qualitäten, die der eigenen Anfertigung an Güte und Form nichts nachgeben und in den ersten Fach-Geschäften Deutschlands zum Verkauf gebracht werden

Einzelmöbel und Polstermöbel

in großer Auswahl

Küchen-Einrichtungen von 80.-

H. E. Koch, Möbelhäuser

Inhaber Carl Peters und Rudolf Neels

Marlesgrube 45 und 40

Fernruf 24 050

N. B. Lieferung erfolgt frei Haus mit unserm Auto auch nach außerhalb

2682

Glasscheiben aller Art
Kitt u. w. **O. Tauchnitz**
Glashandlung, Fernruf 26708, Fleischhauerstr. 35
Bilder-Einrahmungen.

Leder
im Ausschnitt 2688
Schuhwaren
aller Art billig
einr. Beckmann
Reterstraße

Persil allein

verwenden (ohne Zusatz)

das heisst: **billig, sparsam u. richtig waschen!**

Hurra! Ein Junge

Das müssen Sie sofort allen Bekannten und Freunden mitteilen. Und möglichst schnell. Die Kleine Anzeige im LÜBECKER VOLKSBOTEN ist das beste Mittel.

Schlecht sitzende,
aus schlechten Stoffen gearbeitete
Konfirmanden-Anzüge
sind für jeden Preis zu
teuer
Kaufen Sie deshalb bei mir die bewährten
Qualitäten
in dunkel gemustert und einfarbig blau
Der komplette Anzug
kostet **21.50** bis **54.00**
in allen Größen vorrätig.
In Lehrlings-Berufskleidung
halte ich große Lager vorrätig 2446
Otto Albers am Markt 4 und Kohlmarkt 10

Moisling
Beerensträucher billig!
Reußkamp 14 2649

Obstbäume

in allen Formen 258

Beerensträucher, Rosen
(hochstämmige und niedrige),
Ziersträucher sowie sämtliche Gartenpflanzen
Besichtigung der Musterausstellung ohne Kaufzwang
Gartenanlagen, Instandhaltungen usw.

Hans Heinr. Bassow

Gartengestaltung Baumschulen
Fackenburger Allee 22—24 Fernspr. 28 676

Junker & Ruh

Gaskocher

die **führende** Marke

✱ 2667

Heinr. Pagels

Lübeck

Das Haus für Gas, Wasser, Licht

Städtisches Orchester
Lübeck

Neuntes Volkstümliches Konzert
am Donnerstag, dem 1. März, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus
Leitung: 2671
Generalmusikdirektor **Mannstaedt**
Karten (Programme) zu **50** Pfg. in den bekannten Vorverkaufsstellen

---

Werbt unablässig für eure Zeitung!

LEHRMEISTER-BÜCHEREI

Für den Blumengarten

Anzucht und Pflege der Rosen. Mit 22 Abb. . . . . [159]
Schädlinge d. Rosen u. ihre Bekämpfung. Mit 21 Abb. u. 1 Farbent. [220/1]
Die Rose in der Landschaft, im Park und im Garten. Mit Anweisung für die gartenkünstlerische Gestaltungsmöglichkeit. Mit 22 Abb. . [748/9]
Sommerblumen. Von Fr. Huck . . . . . [82]
Die schönsten Stauden. Mit 8 Abb. . . . . [114]
Blumen- und Teppichbeete. Mit 66 Abb. . . . . [360/2]
Alpen-, Fels- und Mauerpflanzen. Mit 25 Abb. . . . . [268/9]
Monatskalender für den Blumengarten . . . . . [79]
Der Vorgarten. Planung, Anlage und Pflege. Mit 35 Abb. . . . [302/3]
Schling-, Rank- und Kletterpflanzen. Mit 13 Abb. . . . . [266]
Seerosen und andere Wasserpflanzen. Mit 12 Abb. . . . . [141]
Ausdauernde Schattenpflanzen. Mit 18 Abb. . . . . [143]
Die Orchideen. Mit 23 Abb. . . . . [464/5]
Blumenzwiebeln und Knollen. Mit 33 Abb. . . . . [509/10]
Würz- und Arzneipflanzen. Mit 14 Abb. . . . . [267]
Blumenbinderei. Mit 11 Abb. . . . . [43]
Blumenschmuck für Freud und Leid. Mit 23 Abb. . . . . [57]
Insekten- und fleischfressende Pflanzen. Mit 20 Abb. . . . . [42]

Der Hausgarten

Eine praktische Anleitung zur Erlernung aller im Garten nötigen Arbeiten. Anlage des Gartens, der Gartenbeete, Auswahl, Pflanzung und Pflege der Blumen usw. Mit 8 Abb. . . . . [1]

Jede Nummer 40 Pfg.

Buchhandlung Lübecker Volksbote, Johannisstr. 46

Gelegenheitsangebot
in
gebr. Kaffee
¼ ℔ 0.50 0.65 0.80
1 ℔ Kakao 0.95
1 ℔ Tee . . . . 4.—
1 ℔ Mand.-Pudding 0.40
1 ℔ gelbe gesch. Erbs. 0.35
Jam.-Rum-Verschnitt Fl. 2.40 u. 2.75
Weinbrand-Verschnitt Fl. 2.40 u. 2.75
Tarragona, rot Fl. 0.90
Tafelkümmel . Fl. 1.95

Apfelsinen
10 Stück 0.48 0.70 0.80

Eduard Speck
Hüxstraße 86/84 2659

Kartoffeln
in feinster Qualität vom Sandboden aus ständig eintreffenden Waggons
Ia. gelbe Industrie
à Ztr. **5.20** RM
Ia. Parlens-Frühkartoffeln
(lange Gelbe)
à Ztr. **6.—** M.
frei Haus
Billiges Angebot
für Restaurants u. Speisehäuser
Ia. gelbe Vitt.-Erbsen
gut kochend
℔ 23 ₰, 10 ℔ 2.10 M
bei größ. Abnahme billiger
Johann Wiegers
Balauerfohr 26/28
Aegidienstr. 79
Lager: 2664
Kanalstraße 102/104
Fernspr. 23 277

Luisenlust 2665
Mittwoch Gr. Tanzkränzchen Eintritt u. Tanz frei

Heute Dienstag
9 Uhr
Sindermann
Ehrenabend
für die
Meister-Kapelle Drechsel!
Stimmung! Stimmung!
Vorletzter Tag des nicht zu überbietenden
Varieté-Programms
Schlager auf Schlager 2660
Eintritt 50 Pfg.

Kasino D. D. D.

täglich 4 Uhr täglich
Tanz-Tee
Die gute Tasse Kaffee
Mittwoch nachmittag
Kabarett-Vorstellung
Tel. 27 064

Deutscher Verkehrsbund

Ortsverwaltung Lübeck

Am Donnerstag, dem 1. März 1928, abends 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus Johannisstr., ein

öffentlicher Lichtbildervortrag

statt. Herr Polizei-Hauptwachtmeister **Hennig-Leipzig** spricht über

„Das moderne Verkehrsproblem und die Polizei"

Zu dieser interessanten Veranstaltung werden hiermit die Berufskraftfahrer, Straßenbahnführer, Roll-, Block- und Geschäftswagenkutscher, Polizeimannschaften und sonstige Interessenten freundlichst eingeladen.

2669 **Deutscher Verkehrsbund**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, 29. Februar
19½ Uhr
im **Gewerkschaftshaus**
Tagesordnung:
1. Bekanntgabe des am 25. Februar abgeschlossenen Lohnabkommens.
2. Die Wahlen der Betriebsräte.
3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes in dieser Versammlung zu erscheinen 2680
Die Ortsverwaltung

Gr. Preis-Skat
Mittwoch, den 29. Februar
20 Uhr 2674
Ergebenst
W. Both,
Glockengießerstr. 28

Stadttheater Lübeck 2668

Dienstag, 20 Uhr:
Zwölftausend (Schauspiel).
Ende nach 22 Uhr
Mittwoch, 20 Uhr:
Tiefland (Oper)
Mittwoch, 20 Uhr:
Kammerspiele: XYZ
Donnerstag, 20 Uhr:
Gespenster (Drama)
Regine: **Serena Nienstaedt** v. Stadttheater Bremen als Gast a. A.
Donnerstag, 20 Uhr:
Kammerspiele: Emilia Galotti (Trauerspiel)
(Außer Abonnement)
Prinz: **Albert Bessler**, Deutsches Schauspielhaus Hamburg, und Gräfin Orsina: **Else Monnard**, Berlin, als Gäste a. A.
Freitag, 20 Uhr:
Die Bohème (Oper)
Rudolf: **Heinz Hermann**, Landestheater Gotha als Gast a. A.
Freitag, 20 Uhr
Kammerspiele: Frühlingserwachen
Zum letzten Male:

Lübecker Volksbote

2. Beilage | Dienstag, 28. Februar 1928 | Nummer 50

Norddeutsche Nachrichten

Provinz Lübeck

Seereh-Dänischburg. SPD.-Frauengruppe. Am Donnerstag, dem 1. März, abends 8 Uhr findet unsere Monatsversammlung beim Genossen Wölk statt. Um vollzähliges Erscheinen der Genossinnen bittet Der Vorstand.

P. Ahrensböck. Reichsbanner. Am letzten Sonntag feierte die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Hotel „Stadt Hamburg" ihr 5. Gründungsfest. Die Veranstaltung war von zirka 400 Personen besucht. Die beiden Theaterstücke: „Der Dolchstoß im deutschen Aar" und das Lustspiel: „Im fremden Bett" fanden großen Beifall des Publikums. Ein Ball hielt jung und alt noch ein paar Stunden vergnügt beisammen. Eine kleine Verlosung verhalf noch vielen zu einem nützlichen Gegenstand. Erfreulich ist die rege Anteilnahme des Publikums an den Veranstaltungen des Reichsbanners.

Bhf. Gleschendorf. Großfeuer. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag ist das Betriebsgebäude des Bauunternehmers Heinrich Franck in Flammen aufgegangen. Das Gebäude enthielt eine Mühle, eine Sägerei, eine Bautischlerei, ein kleines Elektrizitätswerk und die Wohnung des Müllers. Ein gewaltiges Flammenmeer verbreitete Taghelligkeit bis nach Steenrade, Ekelsdorf und Pönitz und kündete das unheilvolle Ereignis weithin. An ein Niederkämpfen der Flammen war nicht zu denken. Der entstandene Sachschaden ist gewaltig; wertvolle Mengen an Korn, Holz, Betriebsstoff und Maschinen sind vernichtet. Als ein besonderer Glücksfall ist es anzusehen, daß Windstille herrschte.

Eutin. Vom Reichsbanner. Am Sterbetage des ersten deutschen Reichspräsidenten wird die hiesige Ortsgruppe einen Kranz am Ebert-Gedenkstein niederlegen. Am Sonnabend, dem 3. März spricht Reichsausschußmitglied Kamerad Otto Wels, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, im Rahmen eines Werbeabends im Schloßhotel. Die Ortsgruppe tritt um 7½ Uhr auf dem Marktplatz an und wird unter Vorantritt der Kieler Reichsbannerkapelle zum Empfang des Referenten zum Bahnhof marschieren. Nach kurzem Umzug durch die Stadt wird im Schloßhotel das vorgesehene Programm — Konzert, Ansprache und Kommers — abgewickelt werden. Es wird mit einem starken Besuch, auch aus den naheliegenden Orten gerechnet, zumal der Eintrittspreis in mäßigen Grenzen gehalten ist.

Landesausschuß der Provinz Lübeck

T. F. Eutin, 27. Februar

Zu der Beratung des Haushaltsplans für 1928 war von der Kommission, der die Zwischenberatung des Etats übertragen war, eine Reihe von Anträgen gestellt. Während unsere Genossen im Vorjahre in der Kommission in der Minderheit waren, hatten sie in diesem Jahre infolge des Mandatsgewinns die Mehrheit. Auch von Herrn Voß-Schwartau war eine ganze Reihe von Anträgen gestellt, bei deren Besprechung es zu lebhaften Debatten sowohl von links wie auch von rechts gegen ihn kam. Herr Voß verteidigte sich damit, im Interesse seiner Wähler zu handeln. Die soz. Fraktion wird die Anträge des Herrn Voß nach der Geschäftsordnung unterstützen, wird sie aber noch besonders prüfen. Der Etat wurde nach einer lebhaften Debatte angenommen. Eigentümlich war es, daß die Regierung mit ihrem Antrag auf Bewilligung von Gewerbesteuer hereinfiel. Die Regierung hatte anscheinend erwartet, daß unsere Fraktion für sie stimmen würde. Unsere Fraktion zeigte jedoch keine Neigung, der Regierung, die sich so wenig arbeiterfreundlich erweist, Unterstützung zu geben. Der Regierungsantrag verfiel somit der Ablehnung. Wenn nicht der Oldenburgische Landtag die Sache noch rettet, hat sich die Regierung in diese Niederlage selbst hineingeritten. Eine lebhafte Debatte löste die Aufbauklasse zu Bad Schwartau aus. Herr Voß-Schwartau mußte sich von seinen eigenen Kollegen, den Lehrern Rabe und Bebensee, einige Liebenswürdigkeiten sagen lassen, die seinen Standpunkt nicht verstehen konnten. Aber in der Ablehnung des Zuschusses zu dem Turnhallenbau in Stockelsdorf zeigten sich alle drei Lehrer einig; Herr Bebensee anscheinend, weil er Turnhallen nicht für notwendig hält und Herr Rabe, weil er der Meinung ist, daß bei jeder Schule eine Turnhalle gebaut werden müsse. Trotz dieses nicht besonders volksfreundlichen Verhaltens der Herren Volksschullehrer stimmte unsere Fraktion für die Gewährung von Notstandsmitteln für die Volksschullehrer. Hoffentlich zeigen die Kollegen dieser Lehrer ihnen bei der nächsten Zusammenkunft, daß Lehrer beim Bau von Turnhallen einen anderen Standpunkt einzunehmen haben. Bei der Beratung des Forstetats stellten unsere Genossen erneut den Antrag, die im südlichen Teile des Landesteils stattfindenden Holzauktionen auch im Lübecker Volksboten bekanntzugeben, mit dem dringenden Ersuchen, die Regierung möge endlich veranlassen, daß dieser Antrag, der schon mehrfach angenommen ist, auch zur Durchführung gelangt. Der Herr Regierungspräsident äußerte, es scheine ja eine ziemliche „Ordnung" im Lande zu herrschen, daß gefaßte Beschlüsse von untergeordneten Beamten nicht ausgeführt seien. Hoffen wir, daß der neue Herr Regierungspräsident in diesem Punkte eine Aenderung herbeiführt. Zu dem Titel „Baudarlehen" beantragten unsere Genossen Herabsetzung der Zinssätze, was von der Regierung mit der Begründung, daß sie die Gelder zu einem billigeren Zinssatz nicht hergeben könne, abgelehnt wurde. Es ist der Kommission gelungen, den Betrag für den Bau von Landarbeiterwohnungen um 20 000 RM. zu erhöhen, so daß hierfür wahrscheinlich 40 000 RM. ausgeworfen werden. Der letzte Antrag der Kommission verlangte Bewilligung von Mitteln für die Position „Fremdenverkehr". Unsere Fraktion wolle dem Antrag nur dann zustimmen, wenn die Verkehrsvereine und Wirte des Landesteils den gleichen Betrag für diesen Zweck einstellen und eine genaue Spezifizierung der Ausgaben hergeben, da bisher niemand weiß, wo die Gelder bleiben. Punkt 3: Beratung des Voranschlags für den Ostseebäderfonds 1928 wurde ohne große Debatte erledigt. Zum 4. Punkt Beratung und Feststellung des Voranschlages des Landesverbandes für das Rechnungsjahr 1928 beantragten und wünschten unsere Genossen ein besseres Arbeiten des Wohlfahrtsamtes zu Eutin, denn bisher sei von dem Wirken des Wohlfahrtsamtes nur sehr wenig zu spüren gewesen. Dieser Punkt wurde durch Annahme erledigt. Die Eingabe des Rentnervereins wurde dem Wohlfahrtsamt überwiesen. Es wird nun Aufgabe der einzelnen Pflegeausschüsse der Gemeinden sein, Anträge an das Wohlfahrtsamt um Unterstützung zu stellen. Punkt 5: Gutachtliche Aeußerung über die Abänderung des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend die Errichtung einer Landwirtschaftskammer vom 18. Februar 1901 wurde ohne Debatte erledigt. Weiter wurde die Aufnahme einer langfristigen Anleihe von 300 000 RM. beschlossen. Zu Punkt 7 wurde beschlossen: die Verteilung des Reingewinns von 5000 RM. der Provinzialbank zu Eutin, wird dem Landesvorstand überwiesen. Es ist jetzt notwendig, daß die Arbeiterwohlfahrtsorganisation, Arbeitersamariterkolonnen und sonstige im Dienste der Wohlfahrt stehenden Vereinigungen ihre Anträge auf Gewährung von Beihilfen an den Landesvorstand zu Eutin richten. Damit ist die Beratung des Etats für dieses Jahr erledigt. Zu erwähnen ist noch, daß unsere Genossen sich gegen die Gewährung von Mitteln für die Reit- und Fahrschule zu Eutin, die eine monarchistische Organisation ist, wandten, während der Regierungspräsident sich vergebens dafür einsetzte. Der Etat des Landesteils zeigt im übrigen eine ziemlich große Summe für den Bau von Chausseen im Landesteil Lübeck, der jetzt mit aller Energie vor sich geht. Auf der Strecke Schwartau—Eutin—Dodau fahren Tag für Tag die Kolonnen und in einigen Monaten wird die Chaussee Lübeck—Eutin ein anderes Aussehen haben und für den Fahrverkehr gefestigt sein.

Das Elend der Film-Komparserie

Wenn täglich die Millionen Kinobesucher in tausend Filmen Glanz und Schönheit, Herrlichkeit und Reichtum an sich vorübertanzen sehen, dann ahnen sie selten, was sich hinter dieser glänzenden Scheinwelt an Elend verbirgt. Im Gegenteil: tausende junger Menschen werden von der schönen Hülle alljährlich verlockt, Heimat, Beruf, Schule, Eltern, eine wenn auch noch so dürftige Existenz aufzugeben und sich dem Schemen „Filmparadies" in die trügerischen Arme zu stürzen. Und doch wäre es fast einkömmlicher und bequemer, betteln zu gehen, als sich der Film-Hölle zu überantworten.

Es dürfte wenige Berufe geben, die so wenig Aussichten bieten wie der Beruf eines Filmkomparsen. Wenn dennoch trotz aller Warnungen immer wieder junge Menschen es mit ihm versuchen, dann ist der Grund hierfür die in allen jungen Strebe- und Romantikerherzen nistende Hoffnung auf das „Entdecktwerden", auf die Starlaufbahn. Aber es erfüllt sich leichter die Hoffnung auf das große Los, als jene auf das Entdecktwerden; in der Komparserie, im Heer der Hintergrunddarsteller wird man nicht entdeckt; der Film ist eine Industrie, ein Geschäft, eine seelenlose Geldmacherei; hier geht niemand auf Entdeckungen aus; hier will jeder, vom Photographen über den Regisseur bis zum Verleiher nichts als verdienen, nicht morgen, nicht übers Jahr, sondern gleich; niemand hat Zeit — nur die Komparsen: sie müssen warten und warten — niemand hat Zeit zu entdecken, denn das hält ja auf, und Zeit ist Geld. Stars werden, wenn sie nicht schon als Stars von der Sprechbühne kommen, nicht in der Komparserie, nicht im Atelier „entdeckt", sondern in der Gesellschaft, auf dem Kapitalmarkt und in der Verwandtschaft.

Aber man braucht doch im Film auch noch andere Darsteller. Und man braucht viele, zahllose Mitwirkende. Alljährlich werden Tausende von Filmen gedreht. Gewiß. Aber der Bedarf an Darstellern ist vollauf gedeckt. Nicht qualitativ, aber quantitativ. Und um die wirkliche Qualität geht es den Filmherrschern von heute ja nicht. Das Angebot an kleinen Darstellern und an Komparsen ist ein ungeheuerliches. Ungefähr 4000 hauptberufliche Komparsen warten in Berlin Tag für Tag auf Arbeit. Und daneben warten Hunderte und aber Hunderte von Außenseitern, von Bekannten und Verwandten, von Freunden und Freundinnen der Film-Beherrscher und -Manager, vom Hilfsregisseur bis zum Geldgeber. In Kaffeehäusern, im Filmkomparsen-Klub, auf der Filmbörse, auf „Stellennachweisen" sitzen sie und warten. Viertausend. Und gebraucht werden durchschnittlich zweihundert. Zweihundert ernährt der Film ausreichend. 3800 warten und hungern. Haben im Monat bestenfalls ein paar Tage zu tun. Gegen eine Tagesgage von 10 bis 20 RM. (25 RM. nur in Frack und Lack, Cape und großer Toilette); davon werden 10 Prozent Steuer abgezogen; ein Drittel der Gage geht am selben Tag für Fahrt, Essen, Getränke darauf. Und zuweilen noch Prozente für die Hilfsregisseure, nur damit sie einen überhaupt engagieren. Auch sonst werden die Tarife oft genug nicht eingehalten, gedrückt: das Angebot ist riesig, die Nachfrage gering: die herrlichste Situation für lohndrückende Unternehmer.

Und wo bleibt die gewerkschaftliche Organisation der Filmkomparsen? Sie existiert nicht. Es gibt wohl Verbände, die ihre Interessen vertreten können, die Bühnengenossenschaft, der Choristenverband, die Internationale Artistenloge, aber von allen Komparsen gehören nur zirka 100 diesen Verbänden an, so daß eine halbwegs geschlossene und erfolgversprechende Aktion gar nicht in Frage kommt. So ist das Heer der Komparsen, unter denen überdies noch die Seuche eines lächerlichen Kastengeistes grassiert — die Girls dünken sich Besseres zu sein, als die Mütter, die Frackbesitzer Vornehmeres, als die Straßenanzügler — absolut wehrlos und hilflos. Wer am skrupellosesten ist, die rücksichtslosesten Ellenbogen besitzt, und das weichste Rückgrat, wer von den Komparsinnen am freigebigsten mit dem Körper ist, kommt zwar noch nicht auf einen grünen Zweig, aber ergattert am relativ meisten. Wer ehrlich und grade, wer sauber bleiben will, den frißt die Katze Hunger noch ehe er das zweite Mal vor dem trügerischen Objektiv steht.

Der Beruf des Filmkomparsen ist heute kein Beruf; er ist allenfalls eine Nebenbeschäftigung. Romantische und Neugierige seien gewarnt! Martin Marr.

Hochzeit im Urwald

Von Robert Unterweltz

Harust — Hochzeit! Seit Tagen brauen die Weiber Kalumbolezas am Hirsebier; Topf auf Topf, mancher davon mit beachtenswert dickem Bauch, steht schon gefüllt im kühlen Innern der Rundhütten. Der Platz unter den beiden Tamarinden, die inmitten des Dorfes stehen, ist schon zum abendlichen Tanz gesäubert, die Trommeln lehnen an den Stämmen, und die Frauen und Mädchen, heute besonders reich mit Perlschmuck behangen, setzen die Biertöpfe im Schatten der Bäume nieder.

Taktfester, rhythmischer Marschgesang wird vom Busch her vernehmbar, dazwischen zerreißen gellende Freudenschreie der Frauen die Luft; in den höchsten Fistelstimmen jubeln sie trillernd, indem sie mit den Handflächen auf die Lippen schlagen. Die Freunde des jungen Ehekandidaten, seine männlichen Sippengenossen und Jugendgespielen sind mit dem ersten Hahnruf am Morgen aufgebrochen und mit Gesang nach Isangwa, dem viereinhalb Stunden entfernten Heimatdorf der Braut, gezogen, um diese dort abzuholen. Reichlich wurden sie dort bewirtet. Pombe war geflossen und vom Schwiegervater eine Ziege geschlachtet worden, während sie selbst eine andere mitbrachten. Nun kehrten sie mit der Braut und deren Eltern und zahlreichen Verwandten zurück, um die Ehe zu schließen. Vor dem Dorf wird der Zug empfangen, die Braut sofort ins Haus der Schwiegereltern gebracht, und die Vorfeier beginnt. Tanz und Gesang, Essen und Trinken währen die ganze Nacht; an Schlaf ist nicht zu denken. Auch meine Schwarzen sind geladen, weil ich zum Schmausen zwei Ziegen gestiftet hatte und von Kiko herüber zwei wohlgefüllte Töpfe honigsüßer Pombe bringen ließ. Ich wollte zuerst eine gestern erlegte Leierantilope schenken, aber da machte mich Vilima darauf aufmerksam, daß dies für einen Weißen doch kein Geschenk sei. „Gib doch eine Ziege!" — „Die Leierantilope ist doch fünfzehnmal schwerer als eine Ziege, denke an das viele Fleisch, das es da zu essen gibt."

„Ganz gut, Herr, aber die Leierantilope kostet dich nur eine Kugel. Ein Geschenk, das den Empfänger ehren soll, muß aber gekauft sein." Also belehrt, kaufte ich zwei Ziegen und schenkte dem Bräutigam obendrein die Decke der Leierantilope zum Beziehen seiner Kitanda, seines Bettgestelles, denn er war ein besserer Neger und besaß ein solches Ding, während die meisten seiner Dorfgenossen auf einer Schilfmatte oder einem Fell auf ebener Erde schliefen.

Der Abendwind rauscht in den Tamarinden, biegt ihre Aeste und schüttelt die Schotenfrüchte herab, reißt in den Feuerbränden, daß gelbzüngelnde Flammen wie Peitschen herausschlagen und ein Funkenregen sprühend in die aufkreischenden Mädchen fällt. Ich habe meinen Stuhl an der Windseite des Feuers aufgestellt und schaue dem frohen Treiben der Tänzer zu. Wenn sie nach der Anstrengung des Tanzes schwatzend ausruhen, die Trommeln schweigen und die Biertöpfe an der Reihe sind, dann kommt mein Koch und bringt mir Tee und Rum, oder Vilima hält mir ein Glas mit Whiskysoda her. Bis zwei Uhr bleibe ich, lasse mir Liedertexte vorsingen und stelle vorsichtige Fragen nach den morgigen Hochzeitsbräuchen. Den Rest der Nacht verschlafe ich traumlos trotz des Höllenlärms der Ngoma, ich weiß nicht sicher, ob aus Müdigkeit oder infolge der zahlreichen Whiskysoda; letzteres muß sich Vilima gedacht haben, da er mir Fleischsalat und Gurken als Frühstück brachte mit der Frage, ob er eine der wenigen noch vorhandenen Pilsnerflaschen einkühlen solle. Doch die sparte ich, denn sie schmeckt zu anderen Zeiten besser.

So um 7 Uhr morgens trat eine Erschöpfungspause ein; um zehn begann der Betrieb wieder in vollem Umfang. Ein Umzug wurde veranstaltet, wobei der Bräutigam, der einen Bogen, Pfeile und Speer und einen geschnitzten Stock, mit dem Wedel einer Giraffe als Abschluß, in den Händen schwang, von den Festteilnehmern auf den Schultern im Dorf herumgetragen wurde. Die Braut wurde aus der Hütte geholt und ging vor dem Zug gebückt im Tanzschritt einher, während die Menge sang: „Ninawinga, solanga uche uche!" „Braut, geh langsam, langsam in gebückter Stellung!" Damit soll sie zeigen, wie schwer sie an den Lasten der Hausfrau in der Ehe tragen wird. Auch an mein Lager kam der Zug; da ich keine Pombe zum Bewirten hatte, gab ich einige Kilo Salz zum besten, und Braut und Bräutigam bekamen je einen Schluck guten Weinbrand. Das Gesicht der Braut danach hätte ein gutes Bild gegeben; so ähnlich mag der Pavian eines meiner Bekannten ausgesehen haben, als er an der Telegraphenstation in die elektrischen Drähte kam.

Schon stand die Sonne stark im Westen, als mich Vilima holte, da nun die eigentliche Eheschließung stattfand. Braut und Bräutigam hockten auf niederen Stühlen, nach altem Brauch nur bekleidet mit je einer vorn und hinten vom Gürtel niederhängenden Schopfantilopenhaut, dafür überall am ganzen Körper mit Rizinusöl gesalbt. Beide trugen reichen bunten Glasperlenschmuck, und der Braut perlten die Tränen von den Wangen, ich konnte nicht unterscheiden ob vor Rührung oder infolge des heftigen Pombegenusses. Tiefes Schweigen lag über dem Kreis der Zuschauer, die sich um das Brautpaar aufgestellt hatten. Die scheidende Sonne spiegelte sich in den geölten, blanken Rücken, alles sah gespannt auf den Vater des jungen Ehemannes, der nun in den Kreis trat und eine Ansprache ans junge Paar hielt. Dann sprach der Brautvater, schimpfte über seine Tochter, sie sei das faulste Mädchen im Land, könne nicht kochen, nicht Bier brauen, sei unfruchtbar und liefe jedem Manne nach, sie sei häßlich und ihr Mann werde sie bald fortjagen. Jeden Satz begleitete ein dröhnendes Gelächter aller Männer und laute Protestrufe der zusehenden Frauen. Dann kamen Ermahnungen an den Schwiegersohn, ein Pfeil, mit dem der Brautvater während der Ermahnungen auf den jungen Gatten gezielt hatte, ging in dessen Besitz über — die Ehe war vor vielen Zeugen geschlossen. Erneut begann das Fest, während die Eheleute in ihrer Hütte verschwanden, denn dort, so verlangt die Sitte, muß die Frau zum erstenmal kochen und Wasser holen, wofür sie vom Mann ein kleines Geschenk, eine Perlkette oder ein Huhn oder etwas ähnliches, ziemlich Wertloses, bekommt.

Noch eine Nacht hindurch wurde weitergefeiert; ich tat nicht mehr mit, doch meine Schwarzen waren so beider Sache, daß sie erst am Morgen ins Lager kamen. Der Zustand meines Kochs war so bedenklich, daß er mittags an Stelle des Oels den Inhalt einer Petroleumflasche zum Tomatensalat verwendete. Seine Reue darüber war sicherlich aufrichtig, denn er erbot sich, den Salat aufzuessen. Ich riet ihm aber davon ab, da er ohnehin an den Folgen einer akuten Alkoholvergiftung erkrankt und das Petroleum mir nicht als geeignetes Gegenmittel bekannt war.

„Kesho safari", — „morgen reisen wir weiter." Den stummen Vorwurf, der aus den treuen Negeraugen mir entgegenblickte, übersah ich. Sie hätten noch zwei oder drei Tage mitgefeiert, bis der letzte Tropfen getrunken war. Und in Vilima kam der Sparmeister zum Durchbruch. „Herr", sagte er, „da wäre eine Ziege auch genug gewesen."

Die Hochzeitssitten, die Höhe des Brautpreises, wie auch die Art der Werbung wechseln bei den verschiedensten Stämmen. Immer aber ist die Heirat ein wichtiger Frauenkauf. Bei Lösung der Ehe wird, wenn die Schuld auf Seiten der Frau liegt, der gesamte Brautpreis manchmal sogar mit Zinsen zurückbezahlt, zum Beispiel bei Ehebruch oder Unfruchtbarkeit. Stets aber bleiben die Kinder dem Vater bei einer Scheidung.

Uralt im Leben der Völker sind Totemismus und die daraus hervorgehenden Tabugesetze, bei den Ostafrikanern „mwiko" genannt. Da gibt es ein Stammesmwiko zum Beispiel bei den Warungu, keiner von ihnen darf Zebrafleisch essen; da gibt es ein Sippenmwiko in Ussangu, das den Sippenmitgliedern das Perlhuhn verbietet. Jede Familie hat ihr Mwiko, das streng eingehalten wird und fast immer nur in Gestalt eines Speiseverbotes besteht. Andere Verbote sind sehr selten; ich kenne nur wenige, zum Beispiel nicht auf den eigenen Schatten pissen, nicht über einen künstlich gefällten Baum steigen u. ä.

Mit Erlaubnis des Verlages Strecker u. Schröder in Stuttgart, dem Buche „In Tropensonne und Urwaldnacht" von Robert Unterweltz entnommen.

AUS DEM GEWERKSCHAFTSLEBEN

Der Deutsche Verkehrsbund, Ortsverwaltung Lübeck

im Jahre 1927

Das Jahr 1927 stand unverkennbar im Zeichen eines wirtschaftlichen Konjunkturaufstieges. Die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt zeigten einen erfreulichen Rückgang der Arbeitslosenziffern und eine Wiederbelebung der Industrie und des Handels. Bezeichnenderweise war gleichzeitig mit dem Konjunkturaufstieg eine fühlbare Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten. So steigerte sich die lübeckische Lebenshaltungs-Indexziffer im Jahre 1927 von 142,4 im Januar auf 153,7 im Dezember, demnach um 7,8 Prozent, während in dem gleichen Zeitraum die Reichsindexziffer für Lebenshaltung von 144,6 auf 151,3, gleich 4,6 Prozent anstieg. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten war in erster Linie auf die am 1. April und am 1. Oktober 1927 eingetretene Mieterhöhung zurückzuführen. Es ist aber auffällig, daß die Lebenshaltungskosten in Lübeck stärker angezogen haben, wie im übrigen Reiche. Den Klagen der Unternehmer über schlechten Geschäftsgang stellte die Gewerkschaft entgegen, daß nur eine Steigerung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung eine Besserung und Wiederbelebung der Wirtschaft zur Folge haben könne. Es soll anerkannt werden, daß diesbezügliche Forderungen bei einzelnen Unternehmern ohne weiteres Verständnis und Entgegenkommen fanden. Im Jahre 1927 waren innerhalb der Organisationsgebiete des Deutschen Verkehrsbundes zu verzeichnen

36 Lohnbewegungen für 57 Einzelbranchen in 231 Betrieben mit 4567 Beteiligten.

Von diesen sind 35 Lohnbewegungen mit Erfolg beendet worden. Bei der Durchführung einer Bewegung in zwei Betrieben mit 15 Beteiligten mußte von dem Mittel der Arbeitseinstellung Gebrauch gemacht werden, während bei einer Bewegung in einem Betriebe mit 7 Beteiligten der Deutsche Verkehrsbund durch Streik in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Durch die Lohnbewegung wurden für 3686 Beteiligte ein wöchentliches Mehreinkommen von 15 799,48 Mark erreicht.

Die Jahresausgaben der Ortsverwaltung betrugen

für Lohnbewegungen	624.10 Mark
für Streiks	288.85 Mark

Eine Zusammenstellung der Arbeitszeitverhältnisse innerhalb des Organisationsgebietes des Deutschen Verkehrsbundes ergibt folgendes:

Es arbeiten

73 Beschäftigte	47 Stunden wöchentlich
2212 Beschäftigte	48 Stunden wöchentlich
236 Beschäftigte	50 Stunden wöchentlich
160 Beschäftigte	51 Stunden wöchentlich
696 Beschäftigte	54 Stunden wöchentlich
und 76 Beschäftigte	über 54 Stunden wöchentlich

während bei 99 Beschäftigten durch die Eigenart der Tätigkeit eine Zeitberechnung nicht angewendet werden kann.

Für folgende Branchen sind erstmalig Lohn- und Rahmentarifverträge neu abgeschlossen worden:

Lagerarbeiter und Kutscher in Getreide-Großhandlungen,
Lagerarbeiter, Röstereiarbeiter und Arbeiterinnen und Kutscher in Kolonialwaren-Großhandlungen,
Kraftdroschkenführer und Personenkraftwagenführer,
Arbeiter und Elektromobilführer der Lübecker Transport- und Müllabfuhr A.-G.,
Zeitungsausträgerinnen des Lübecker General-Anzeigers und Zeitungsausträgerinnen des Lübecker Volksboten.

Dadurch erhielten 324 Beteiligte in 56 Betrieben einen Rechtsanspruch auf geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Der Tarifvertrag im Kolonialwaren-Großhandel und der Tarifvertrag für die Kraftdroschkenführer sind allgemein-verbindlich erklärt worden. Leider war es nicht möglich, den gesamten lübeckischen Großhandel durch ein gemeinsames Tarifwerk zu erfassen, weil die Voraussetzungen dafür auf Arbeitgeberseite nicht vorhanden sind.

Eine besondere Aufgabe fiel der Gewerkschaft nach Inkrafttreten der Arbeitszeitnotverordnung vom 14. April 1927 zu. Es wurden Ueberstundenzuschläge tariflich vereinbart, bzw. durch den Schlichter entschieden.

Lastadiearbeiter 15 Prozent, Weinarbeiter 10 Prozent, Roll- und Blockwagenkutscher 25 Prozent Aufschlag für die 9. Arbeitsstunde als Ueberstunde.

Auch durch diese Bewegungen hatten insgesamt 1210 Beteiligte einen geldlichen Gewinn.

Das am 1. Juli 1927 in Kraft getretene Arbeitsgerichtsgesetz hat endlich die langerstrebte Vereinheitlichung der Rechtsprechung in Arbeitsstreitsachen gebracht. Es waren 16 Arbeitsgerichtsklagen zu verzeichnen; von denen 14 Klagen allein in die 2. Jahreshälfte entfallen. Darunter waren 4 größere Sammelklagen. Es endeten 6 Klagen mit Vergleich, 2 Klagen zu Gunsten der beteiligten Arbeitgeber durch Versäumnisurteil, 4 Klagen waren mit vollem Erfolg, 1 Klage mit teilweisem Erfolg und 2 Klagen ohne Erfolg. Eine Streitsache schwebt zurzeit noch bei der Berufungsinstanz.

Die Ortsverwaltung hat in wiederholten Fällen in grundsätzlichen Rechtsstreitfragen die Rechtsprechung der arbeitsgerichtlichen Instanzen im Sinne der Arbeiterschaft beeinflußt.

Eine lebhafte Bewegung hatte die Forderung der Durchführung der gesetzlichen Entlassungsschutzbestimmung für Holzplatzarbeiter zur Folge. Das Arbeitsverhältnis der Lübecker Holzplatzarbeiter konnte, trotzdem diese als ständige Arbeiter anzusehen sind, bisher fristlos gelöst werden. Dieser Zustand entspricht nicht den Wünschen der Beteiligten. Die Bewegung ist noch nicht abgeschlossen.

Innerhalb der Betriebsrätebewegung hat die Ortsverwaltung die organische Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb des Organisationsgebietes angestrebt. Diese Bemühungen sind auf fruchtbaren Boden gefallen. Es ist ein Betriebsräteausschuß gewählt worden mit der Aufgabe, die Betriebsrätewahlen vorzubereiten und auch im übrigen die besonderen Interessen der Betriebsräte wahrzunehmen.

Die Mitgliederbewegung zeigte innerhalb des Jahres 1927 einen sehr erfreulichen Aufschwung.

Es waren zu verzeichnen:

Neuaufnahmen	815
übergetreten aus anderen Verbänden	85
zugereist von anderen Verwaltungen	2
zusammen	902

An Beitragsmarken wurden im Jahre 1927 verkauft 153 366 gegenüber 135 302 im Jahre 1926. Die Steigerung beträgt demnach 13,3 Prozent.

Diesem Mitgliederzugang steht folgender natürlicher Abgang gegenüber:

Uebergetreten zu anderen Verbänden	135
abgereist nach anderen Verwaltungen	13
verstorben	36
zusammen	184

Die Ortsverwaltung hat beschlossen, zum Zwecke der Vereinigung der Kartothek am Schlusse des 1. Quartals 1928 — 500 Mitglieder abzustreichen. Weitere verwaltungstechnische Maßnahmen werden zum Zwecke einer besseren Kontrolle durchgeführt.

Die Mitgliederentwicklung der am 1. Januar 1927 gegründeten Renten-, Pensions- und Sterbezuschußkasse (Rentka) hat leider nicht den erwarteten Erfolg gezeitigt. Trotzdem für diese Sondereinrichtung des Deutschen Verkehrsbundes seitens der Ortsverwaltung genügend Propaganda gemacht worden ist. Bis zum 30. Juni 1927 waren insgesamt 101 Mitglieder zu verzeichnen, am Jahresschluß 110. Das entspricht zirka 3,2 Prozent der Mitgliedschaft. Dagegen hat der Mitgliederbestand der Rechtsschutz und Haftpflichtversicherung sich im Jahre 1927 auf nahezu 100 Prozent: von 67 am Schlusse des 4. Quartals 1926 auf 127 am Schlusse des 4. Quartals 1927 vermehrt. Dazu sind bis zum 31. Januar 1928 weitere 15 Neuaufnahmen hinzugetreten.

Im Jahre 1927 sind in 14 Berufs- und Verkehrsunfällen bzw. Uebertretungen Rechtschutz gewahrt worden.

In einer Anzahl Fälle liegen Unfallanzeigen vor, welche noch zu einem Rechtsschutzverfahren führen können.

Für Agitation sind im Jahre 1927 253,80 RM. ausgegeben worden.

Die Tätigkeit der Ortsverwaltung verzeichnet in der Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 1927 insgesamt 158 Versammlungen sowie 205 Besprechungen und Sitzungen. An 23 Tagen waren Angestellte der Ortsverwaltung auswärts. Mündliche Auskünfte wurden erteilt: 141. Schriftstücke für Mitglieder wurden angefertigt: 84. Eingaben an Behörden wurden eingereicht: 23. Der Postverkehr war äußerst lebhaft.

Die Jahresabrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 183 081,45 RM. ab. Die Hauptkasse erhielt in bar 33 359,93 Reichsmark. Im übrigen betrugen die Ausgaben für

Arbeitslosenunterstützung	28 424,20	RM.
Krankenunterstützung	20 107,15	„
Sterbegeld	4 691,20	„
Rechtsschutz	475,96	„
Notfallunterstützung	270,—	„
örtlichen Rechtsschutz	263,36	„
Gehälter und Entschädigungen	21 725,40	„
Material, Miete, Reinigung	2 003,97	„
Versammlungen, Annoncen, Referate	2 072,90	„
Zeitschriften	723,15	„
Ortsausschuß	3 441,90	„
Porto, Telephon und Telegramme	955,95	„
Prozente der Einkassierer	11 603,45	„
Gewerkschaftshaus-Neubau	13 953,85	„
Ehrung der Jubilare	1 156,57	„
Gauleitung	1 218,29	„
Unterstützungsfonds	1 607,—	„

In der am 23. Februar 1928 stattgefundenen Generalversammlung ist die gesamte Ortsverwaltung, mit Ausnahme eines Revisors wiedergewählt worden.

Deutscher Verkehrsbund, Ortsverwaltung Lübeck.

Die Lohnfrage als Kulturproblem

Um den Aufstieg der Arbeiterschaft

In den Monaten Februar bis April dieses Jahres laufen insgesamt 247 Tarife mit 3 095 000 Arbeitern ab. Aus diesem Anlaß sind die Unternehmer aller Schattierungen und ihre Syndizi seit einiger Zeit bemüht, die öffentliche Meinung dahin zu beeinflussen, daß dem Bestreben der Gewerkschaften, jeden Tarifablauf zu weiteren (!) Lohnforderungen zu benutzen, endlich einmal ein Ende gemacht werden müsse.

Zu dieser Frage nimmt in einem bemerkenswerten Artikel der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" Stellung. Auch im Buchdruckgewerbe verlieren mit dem 31. März die bisherigen Lohnsätze ihre Gültigkeit, und aus diesem Anlaß untersucht das Verbandsblatt die Frage der Notwendigkeit und Möglichkeit weiterer Lohnerhöhungen. Was dort für das Buchdruckgewerbe gesagt wird, gilt in seinem grundsätzlichen Teil auch für andere Berufe und sei deshalb auszugsweise wiedergegeben.

Allgemein geht in Arbeiterkreisen die Ansicht dahin, daß die Reichsindexziffer den tatsächlichen Verhältnissen gegenüber um etwa 20 Prozent zurückbleibt. Aber selbst wenn dieser Mangel der Reichsindexziffer nicht vorhanden wäre, so bleibt doch die Frage berechtigt, auf welches Recht kann sich denn die Ansicht stützen, daß der Arbeiter als Mensch und Volksgenosse mit seinen Angehörigen an ein

unabänderliches und beschränktes Niveau seiner Lebenshaltung

für das ganze Leben gebunden sein soll? Sollen alle Fortschritte der Wissenschaft, der Technik, der Produktion und der Kultur nur einem beschränkten Teil der menschlichen Gesellschaft zugute kommen? Soll die Arbeiterschaft von Generation zu Generation davon ausgeschlossen sein oder nur Brosamen erhalten?

Das sind Fragen, vor deren Entscheidung die gesamte Arbeiterschaft angesichts der Entwicklung der Wirtschaft in den letzten Jahren aus rein kulturellen Gründen gestellt wird.

Unbestreitbar ist, daß die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren eine außerordentlich günstige gewesen ist. Es steht fest, daß die durch den Weltkrieg verursachten Verluste an Kapital und Produktionsmitteln in fast allen Industrie- und Gewerbezweigen nicht nur wieder aufgeholt, sondern zum größten Teil der Stand der Vorkriegszeit wesentlich überflügelt ist. Dagegen hat die unternehmerseitige Lohnpolitik in der gleichen Zeit die Arbeiterschaft in sehr engen Grenzen eines äußerst bescheidenen Existenzminimums gehalten. Die Arbeiterschaft hatte infolgedessen keine Möglichkeit zu einem auch nur annähernd gleichwertigen inneren Aufbau ihrer Haushaltung; weder auf dem Wohnungsgebiet, noch an Möbeln, Kleidern, Wäsche, Schuhwerk usw. Nach wie vor blieb der Arbeiter im allgemeinen gezwungen, nur von der Hand in den Mund zu leben; während die Betriebe, denen er den größten Teil seiner aktiven Lebenszeit und seiner Arbeitskraft zu widmen genötigt ist, sich erweiterten oder erneuerten und für ihre Besitzer immer größere Lebens- und Kulturmöglichkeiten geboten haben und noch bieten. Das ist ein ungerechter und unhaltbarer Zustand, der im Gedanken- und Seelenleben der Arbeiterschaft immer tiefere Furchen gräbt, und sie von innen heraus dazu drängt, alle verfügbaren Kräfte einzusetzen, die aus diesem Turm herausführen und endlich auch dem Arbeiter und seinen Angehörigen ein freieres und kulturreicheres Dasein gewährleisten. Die Möglichkeiten dafür sind vorhanden, und es kann für alle Gewerbeangehörigen nur von Nutzen sein, wenn auf dem Wege einer

gerechteren Ertragsverteilung

auch auf dem Lohngebiete nicht vergessen bleibt, daß die Möglichkeiten der Vermehrung der Produktionsmittel weit weniger auf Verdienste des Unternehmertums als auf die bisherige niedrige Entlohnung der großen Masse der Arbeiterschaft zurückzuführen sind.

Zur Kündigung des Lohnabkommens braucht also weder eine Reichsindexziffer noch sonst ein äußerer Anlaß abgewartet werden. Ausschlaggebend war das in allen Kreisen der Arbeiterschaft und in ihren Organisationen immer stärker hervortretende Verlangen nach einer den neuzeitlichen wirtschaftlichen, gewerblichen und kulturellen Verhältnissen besser entsprechenden und gerechteren Entlohnung. Es wird daher auch gar nicht nötig sein, daß die Lohnverhandlungen mit längst bekannten Milchmädchenrechnungen oder um die Sache herumgehenden Indexiaden belastet werden. Das mag in vergangenen Zeiten, wo der sogenannte Indexlohn teilweise noch als Fata Morgana angesehen werden mußte, manches für sich gehabt haben. Diese traurige Zeit ist durch die wirtschaftliche und gewerbliche Entwicklung der letzten Jahre glücklicherweise als überholt zu betrachten. Und mit Recht macht sich in weiten Kreisen der Arbeiterschaft außerdem die Ansicht geltend, daß eine Durchforschung der Haushaltung der Arbeiterschaft bis auf die Qualität der Säuglingsmilch oder ähnlicher eigener Angelegenheiten der Arbeiterschaft von Unternehmerseite bei Lohnverhandlungen nicht mehr zur Sache gehört. Es wäre daher zu begrüßen, wenn diese Art kleinlicher Topfguckerei bei den bevorstehenden Verhandlungen einer großzügigeren Beurteilung des Lohnproblems Platz machen würde und es den Vertretern der Arbeiter erspart bliebe, derartige Beweisführungen mit gleicher Münze heimzahlen zu müssen.

Es handelt sich also diesmal weder um die Reichsindexziffer noch um eine andre Schematisierung des Lohnproblems.

Erfüllung einer kulturellen Forderung,

die auch dem Arbeiter gestattet, endlich etwas freier zu atmen und mit größerer Lust und Liebe als bisher zur Arbeit zu gehen, das ist der sogenannte springende Punkt, um den sich diesmal alles drehen und handeln wird.

Angestelltenschutz und Lehrlingsfrage

Ein klägliches Gutachten des R. W. R.

Der Reichstag hat zur Behebung der Notlage der älteren Angestellten die Regierung wiederholt ersucht, Höchstzahlen für das Halten von Lehrlingen im Handelsgewerbe festzusetzen. Die Regierung hatte deshalb vor längerer Zeit vom Reichswirtschaftsrat ein Gutachten über diese Frage angefordert. Dieses Gutachten, das vom Sozialpolitischen Ausschuß des R. W. R. erstattet worden ist, liegt nunmehr vor.

Die Vertreter der Arbeitgeber wandten sich gegen die Festsetzung von Lehrlings-Höchstzahlen, während die Arbeitnehmervertreter die Einführung solcher Zahlen wünschten. Die Frage, ob durch eine Begrenzung der Lehrlingshöchstzahlen im Handelsgewerbe die Notlage der älteren Angestellten behoben werden könne, wurde in der Abstimmung (bei Stimmengleichheit) verneint. Für den Fall, daß der Reichsarbeitsminister Lehrlingshöchstzahlen trotzdem festsetzen will, wurde eine einheitliche Regelung der Lehrlingshöchstzahlen verworfen; der Ausschuß empfahl dagegen einstimmig Sonderregelungen für einzelne Handelszweige. Einstimmig angenommen wurde auch eine Entschließung der Arbeitgeber, die Landesregierung zu ermächtigen, die Höchstzahlen im Handelsgewerbe nach Benehmen mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer festzusetzen. Ebenso fand ein Antrag Annahme, daß Bestimmungen eines für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages, die eine weitergehende Beschränkung der Lehrlingshöchstzahlen vorsehen, an die Stelle der gesetzlichen Vorschriften treten sollen. Am Schluß der Beratungen wurde von der Arbeitnehmerabteilung noch eine Erklärung zu Protokoll gegeben, die eine baldig gesetzliche Begrenzung nicht nur der Zahlen der Lehrlinge, sondern auch der Zahlen der jugendlichen Angestellten bis zum 17. Lebensjahre verlangt.

Die Arbeiternehmervertreter haben vergeblich darauf hingewiesen, daß nach den Feststellungen in den Verbandsnachweisen ältere Angestellte fast keine Aussicht haben, wieder Stellung zu bekommen. Auch die Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums kommt zu dem Schluß, daß die Stellungslosigkeit der Angestellten über 40 Jahre größer ist als bei den jugendlichen Angestellten und daß bei den Angestellten mit zunehmendem Alter die durchschnittliche Dauer der Erwerbslosigkeit steigt.

Ueber die Arbeitsbedingungen der Beamten in einigen europäischen Ländern

hat das Internationale Arbeitsamt eine interessante Untersuchung veranstaltet. Sie umfaßt neben der Frage der Arbeitszeit die Frage der Ueberstunden und des jährlichen Urlaubs. Das Ergebnis der Umfrage stützt sich auf Angaben aus folgenden Ländern: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Groß-Britannien, Italien, Norwegen, Rumänien, Schweden, Schweiz und Tschechoslowakei.

Die Untersuchung der Arbeitszeit zeigt, daß in keinem Lande die Dauer von 8 Stunden überschritten wird. Besonders niedrige tägliche Dienstzeit besteht in Finnland (5½ Stunden) sowie in Dänemark und Norwegen (6 Stunden). Ueberstunden sind fast überall ohne Bezahlung zu leisten, es sei denn, daß — wie z. B. in Belgien — besondere Tarife Anwendung finden. In einigen Ländern wird den Angehörigen der unteren Kategorien die Ueberstundenarbeit auf Grund besonderer Festsetzung durch die höheren Instanzen bezahlt, z. B. in Oesterreich, Finnland, Italien, Norwegen und in der Kantonalverwaltung der Schweiz. Frankreich zahlt Ueberstunden nur dann, wenn sie dauernd geleistet werden.

Die Erhebung über die Urlaubsfrage zeigt ein lückenhaftes Bild. In Finnland, Italien und Rumänien wird bezahlter Urlaub für einen Monat gewährt. Oesterreich, Schweden und die Schweiz sehen besondere Regelungen nach Dienstgrad und Dienst- bezw. Lebensalter vor. Die Urlaubsdauer erstreckt sich in Oesterreich auf 2—5 Wochen, in Schweden auf 4—6 Wochen und in der Schweiz auf 2—4 Wochen.

Sprechsaal

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion nur die Verantwortung im Sinne des Preßgesetzes)

Zustände auf der Priwallfähre

Seit Montag den 20. Februar ist die Dampffähre zur Ueberholung in Lübeck. Zum Ersatz sind zwei Ziehfähren eingesetzt. Das Motorboot, welches sonst den Nebendienst versieht, muß vollbesetzt die Ziehfähre hinüberschieben. Wenn nun ein Unglück passiert, was leicht angehen kann, wen trifft dann die Verantwortung? Es ist doch eine öffentliche Landstraße, und da sollten die Herren sich doch morgens den Betrieb einmal ansehen. Wer bezahlt den Leuten, die durch diese Mißstände zu spät kommen, den Ausfall? Bei diesen Mißständen wollen wir noch garnicht reden von dem Auto- und Wagenverkehr.

Ein Arbeiter von der Schlichtingwerft.

Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Sekretariat Johannisstr. 48. Telephon 12443.

Sprechstunden
11—1 Uhr und 3—6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen.

1. Distrikt. Donnerstag, den 1. März, abends 7½ Uhr bei Stallbaum, Dankwartsgrube: Versammlung. 1. Sozialdemokratie und Arbeiterjugend. Redner die Genossen Wolfradt und Scharp. 2. Verschiedenes.

SPD, Arbeitsgemeinschaft. Donnerstag, den 1. März, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus. Redner Genosse Weiß.

Schlutup. Sozialdem. Verein. Mittwoch, den 29. Februar, abends 7½ Uhr bei Saborowski: Versammlung. 1. Vortrag des Gen. Kaping über Gemeinwirtschaft. 2. Verschiedenes.

Moisling. Am Sonnabend, dem 3. März, abends 8 Uhr, findet im Kaffeehaus eine Mitgliederversammlung der Partei statt. Tagesordnung: Referat des Gen. Dr. Schneider über das Problem des deutschen Einheitsstaates. Zahlreicher Besuch wird erwartet! Der Vorstand.

Sozialdemokratische Frauen

5., 5a und 6. Distrikt. Mittwoch, den 29. Februar, abends 8 Uhr im Konzerthaus „Adlershorst“: Versammlung. 2. Vortrag erwünscht.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Bureau: Johannisstraße 48.

Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 6½—7½ Uhr

Achtung, Mitglieder. Mittwoch, abend 20 Uhr: Gemeinsamer Vortrag des Gen. Waterstraat-Moisling. Die Heime bleiben geschlossen.

Achtung. Alle Mitglieder, die am Geigenunterricht teilgenommen haben und noch Notenhefte besitzen, werden gebeten, am Mittwoch, dem 29. Februar, abends 18 Uhr im Heim Königstraße zu erscheinen.

Achtung, Spielschar! Dienstag, 20 Uhr: Ueben. Alle Genossen, die noch Interesse haben, können erscheinen. Altes Material abliefern.

Gelmsdorf. Dienstag, 28. Februar Reigenabend im Heim 8 Uhr bei Baalmann. Turnschuhe mitbringen. Neue Tänze einüben. Alle müssen erscheinen.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Kinderfreunde

Freitag, den 2. März, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10: Generalversammlung der Kinderfreunde. Tagesordnung: 1. Jahresreicht. 2. Kassenbericht. 3. Satzungsänderung. 4. Vorstandswahl. 5. Referat des Gen. Schermer: „Wie stehen wir als Sozialisten zur modernen Erziehung in Schule und Haus?“ Wir bitten um zahlreichen Besuch aller Eltern und Freunde.

Alle Gruppenleiter werden gebeten, die Kinder Zettel schreiben zu lassen, auf denen die Eltern auf unsere Generalversammlung am Freitag, dem 2. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus hingewiesen werden.

Rote Füchse (Markt). Dienstag und Mittwoch, 4 Uhr nachm. im Heim: Ueben. Alle müssen kommen.

Goode Frünn. Mittwoch müssen alle Konfirmanden und alle Mitwirkenden zum Elternabend um 5 Uhr im Heim sein. Freitag ist Generalversammlung der Eltern und Helfer. Dazu müssen auch unsere Eltern kommen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Geschäftsstelle Hundestr. 52
Geöffnet von 11—1 und von 3—6 Uhr

2. Bezirk 2. Abteilung. Mittwoch, 3 Uhr: Antreten Feldkrug zur Bestattung des Kam. Johannisson.

2. Bezirk. Achtung! Antreten zur Bestattung des Kam. Johannisson: 2½ Uhr Feldkrug.

Spielleute. Am Mittwoch, dem 29. Februar, abends 7½ Uhr: Ueben im Gewerkschaftshaus. Die Mitgliedsbücher vom Spielmannschor sind zwecks Kontrolle mitzubringen.

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Jung-Zimmerer. Mittwoch, 29. Februar, abends 7½ Uhr Versammlung. Alles muß erscheinen wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung.

Freigewerkschaftliche Jugendbeamten! Die am Montag ausgefallene Monatsversammlung findet nunmehr am Donnerstag, dem 1. März, abends 7 Uhr im Sekretariat des ADGB. statt.

Elektrikerlehrlinge. Am Mittwoch, dem 29. Februar, abends 8 Uhr: Fachabend im Gewerkschaftshaus.

Metallarbeiter-Jugend. Donnerstag 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus. Unser Zimmer im Jugendheim wird neu hergerichtet.

Z. d. A.-Jugend. Am Dienstag, dem 28. Februar bleibt das Heim für uns geschlossen.

Freies Jugendkartell

Die Sitzung der Vertreter der freien Jugendbünde findet statt am Freitag, dem 2. März, abends 8 Uhr beim Gen. Teß, Beckergrub 92 IV.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund

Gau Schleswig-Holstein — Bezirk IV, Vorort Lübeck

Vorsitzender Emil Rose, Johannisstraße 46. Kassierer H. Helmke. Hüxstr. 50

Chorverein Schwartau-Rensefeld. Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 28. Februar.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Jugendgruppe des Touristenvereins der Naturfreunde. Mittwoch, d. 29. Februar: Vortrag mit anschließender Diskussion: „Wie stellen wir uns zur Alkoholfrage?“ im Vereinsheim, Johannisstraße 64, Hinterhaus. Freunde unserer Bewegung sind herzlich willkommen.

Stadttheater. Heute Dienstag, 20 Uhr die erste Wiederholung von Bruno Franks „Zwölftausend“; Mittwoch: „Tiefland“ mit Karl Schmidt vom Landestheater Altenburg als Sebastiano a. G. Donnerstag: Neu einstudiert: „Gespenster“. — Kammerspiele: Mittwoch, 29. Februar zum letztenmal: „XYZ.“ Donnerstag: Neueinstudiert: „Emilia Galotti“. Hettore Gonzaga: Albert Beßler vom Deutschen Schauspielhaus Hamburg als Gast a. G. Als Gräfin Orsina: Else Monnard, Berlin a. G. a. A. Freitag, den 2. März zum letztenmal: „Frühlingserwachen“.

Arbeiter-Sport

Freier Wassersport-Verein. Diskutierabend am Donnerstag, dem 1. März, abends 8 Uhr im Arbeiter-Sportheim. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Bezirksspielausschuß 3. Bezirk (Fußballsparte)

Beschluß Nr. 1. Gen. Nathes-Kücknitz erhält Spielerlaubnis für Herren-Mannschaft.

Beschluß Nr. 2. Stimm-Viktoria erhält Spielerlaubnis für die erste halbe Serie in der Jugend weiterzuspielen.

Beschluß Nr. 3. Gen. Hans Schröder-Schwartau erhält ab 1. Januar 1928 Spielerlaubnis für die Herren-Mannschaft.

Beschluß Nr. 4. Dem Verein ATV. Schwartau ist keine Schuld nachgewiesen worden. Es wird daher von einer Bestrafung Abstand genommen. Der Gen. August Bartels-Schwartau wird jedoch wegen Beleidigung des Schiedsrichters mit einem strengen Verweis bestraft.

Beschluß Nr. 5. Spiel Sereetz I — Vorwärts 2 wird für Vorwärts 5 : 0 verloren erklärt.

Beschluß Nr. 6. Der Gen. Landom-Moisling wird wegen unsportlichen Benehmens anderen Spielern gegenüber mit einem strengen Verweis bestraft.

Beschluß Nr. 7. Für Spiel Nr. 3 hat Oldesloe den Nachweis zu erbringen, daß tatsächlich so viele Genossen erkrankt waren, daß ein Spiel der Mannschaft unmöglich war.

Die Vereine haben sofort die Jugend- und Schülermannschaften sowie deren Leiter an den Gen. Herm. Matthews, Rensefeld, Lindenstraße 18 einzuschicken.

Ich mache nochmals aufmerksam, daß Jugend- und Schülerspiele auf keinen Fall gegen ihren Leiter ausgetragen werden dürfen.

Schülerspiele am Sonntag, 4. März: 10 Uhr: Schwartau — ATV. Lübeck 1. Schwartau. — 10 Uhr: Sereetz — Kücknitz, Sereetz.

Bekanntmachung der Fußballsparte

Achtung! Vereinsspielleiter. Spielverträge: Die Kreisleiter-Tagung für Fußball beschloß, die Herausgabe von Spielverträgen für Spiele zwischen Vereinen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Die Verträge sind jetzt fertiggestellt und unter der Bestell-Nr. 1130 im Arbeiter-Turn-Verlag und seinen Zweigstellen käuflich zu erwerben. Für jedes Spiel, das nach der Bundessatzung für Fußball durch Instanzen genehmigt werden muß, ist eine Benutzung der Spielverträge zur Pflicht gemacht. Für Auslands-Spiele folgen nach Stattfinden der Internationalen Fachausschußsitzung besondere Bestimmungen. Die in den Verträgen enthaltenen Bestimmungen werden auch in die Satzung aufgenommen und sind damit bindend. Die Verpflichtung zur Benutzung besteht bereits ab 1. Februar 1928. Jedes nach der Satzung genehmigungspflichtige Spiel gilt erst als rechtmäßig abgeschlossen, wenn die Spielverträge für den Abschluß benutzt werden. Bei Streitigkeiten können nur die vertraglichen Bestimmungen als Unterlage dienen. Vereine, wollt Ihr Euch vor Unannehmlichkeiten bewahren, setzt Euch in den Besitz von Spielvertragsformularen. Die Bezirks-Fußball-Leitung wird die Formulare vorrätig halten, um den Vereinen die Beschaffung zu erleichtern. Die Formulare treffen in den nächsten Tagen ein und sind zu haben bei dem Gen. Bruno Nebenstörp, hier, Beckergrube 43, 1., links.

Der Spielausschuß.

Bezirksspiele der Fußballsparte
Sonntag, den 25. März

75	A	3	ATV. I — Vorwärts I, Brandenbaum, Rodsien, Viktoria
76	A	3	Oldesloe I — Kücknitz I, Oldesloe, Einfeld, FSV.
77	B	10	Viktoria II — Vorwärts II, Viktoria-Pl., Evers, Stockelsdorf
78	B	3	Travemünde I — FSV. II, Travemünde, Weigert, Viktoria
79	B	3	Sereetz I — Moisling I, Sereetz, Schröder I, FSV.
80	C	11	FSV. III — Ratzeburg I, Falkenwiese, Graf, Stockelsdorf
81	D	2	Vorwärts IV — Segeberg II Falkenwiese, Krämer, Schlutup
82	D	1.30	Oldesloe II — Ahrensbök I, Oldesloe, Giesler, Schlutup
83	D	3	Stockelsdorf II — Heiligenstätten I, Stockelsdorf, Kroll, Dornbreite
84	Jgd.	10	ATV. I — Vorwärts I, Falkenwiese, Buck, FSV.
85	Jgd.	2	Sereetz I — Moisling I, Sereetz, Levermann, Viktoria
86	Jgd.	2	Stockelsdorf I — Schlutup I, Stockelsdorf, Friderici, Schwartau
87	Jgd.	2	Segeberg I — FSV. I, Segeberg, Schramm, Ahrensbök

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Der Luftdruck ist mit 750 Millimeter über Mitteleuropa immer noch gleichmäßig verteilt. Während der Kern des hohen Druckes über Südschweden liegt, ist über Ungarn ein flaches Teiltief zu erkennen. Im Reich lagen mittags die Temperaturen westlich der Elbe zwischen 10 und 13 Grad C., östlich der Elbe nur bei 3 Grad C. Der Ostgrönland- und Barents-Meer-Wirbel, der gestern von Norden her den hohen Druck über Skandinavien angriff, ist von diesem nordwärts zurückgedrängt worden. Ein ausgeprägter Tiefdruckwirbel liegt mit seinem Kerngebiet auf 32 Grad W. und 50 Grad N., ein Teiltief vor der portugiesischen Küste. Ein Umschwung der Witterung ist zunächst nicht zu erwarten.

Wahrscheinliche Witterung am 28. und 29. Februar 1928:
Schwache bis mäßige südöstliche Winde, im Küstengebiet Dunst oder Nebel, sonst heiter, trocken, tags über mild, nachts leichter Frost.

Organisiert Euch politisch!

So sitzt meine gute Konfektion

Dieser
Ulster mit Ringgurt, und Anzug
aus den Beständen meiner
neu eingetroffenen
Frühjahrs-Neuheiten
sind zwei
Originalstücke bester Art

*

Besichtigen Sie diese
nur Holstenstraße 6
Ich unterhalte kein Zweiggeschäft!

*

Franz Vornweg
der Fachmann
für feine Herren- und Jünglings-Kleidung

Fahrräder 10.-
Nähmaschinen 2684
Anzahl. Woche 3—5 RM.
Große Auswahl, billig.
Laufer, Wakenitzmauer 5

Spielkarten
gut und billig
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

333
1 M. an
585
5 M. an
300 Ringe am Lager
Junghans-Uhren
Garantie-Wecker
Bestecke 2684
800 Silber — 90 versilb.
A. Schultz, Uhrmacher,
Ob. Johannisstraße 20

Pfeifentabak
in allen Preislagen
C. Wittoof
Ob. Hüxstr. 10

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Standuhren
Salonuhren
Rahmenuhren
Tisch- und Weckeruhren
Taschenuhren
mit nur erstklassigen Werken und Gehäusen
Aug. Büttner
Uhrmachermeister
32 Hüxstraße 32
Besichtigen Sie zwanglos mein Lager 9445

Töpfer-Arbeiten
fachgemäß u. billigst
Transportable Kachelöfen
sehr preiswert 2681
H. Schneider, Töpfermstr.
Dankwartsgrube 49

Wahlausschreiben

für die Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte

I. Vom Senat der freien und Hansestadt Lübeck mit der Leitung der Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte beauftragt, schreibe ich hiermit die Wahl aus und weise auf folgende Bestimmungen der Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte hin:

1. Art der Wahl.

Die Arbeitgeber und die Versicherten werden in getrennter Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (§ 1351c Satz 1 RVO.) auf Grund von Vorschlagslisten (§§ 7 und 8 der Wahlordnung) mit den Stimmzetteln gewählt, die der Wahlleiter, gegebenenfalls der Stimmbezirksvorsteher (§ 5 der Wahlordnung), den Wahlberechtigten zugehen läßt.

Die Wahl ist geheim.

2. Wahlberechtigung. — Stimmenverhältnis.

Die Versichertenmitglieder des Ausschusses werden von den Personen gewählt, welche nach §§ 42, 44 RVO. für die Wahl der Versichertenvertreter bei den zum Bezirk der Versicherungsanstalt gehörigen Versicherungsämtern wahlberechtigt sind (§ 1351a Satz 1 RVO.).

Die gemäß § 43 RVO. festgesetzte Stimmenzahl der Wahlberechtigten gilt auch für die Wahl der Versichertenmitglieder des Ausschusses (§ 1351a Satz 2 RVO.).

Die Arbeitgebermitglieder des Ausschusses aus dem Gewerbe werden von den Vorstandsmitgliedern der Vertrauenberufsgenossenschaft oder von der Vertrauensausführungsbehörde, die Arbeitgebermitglieder aus der Landwirtschaft von den Vorstandsmitgliedern der zuständigen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gewählt. Sind mehrere landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften beteiligt, so setzt das Reichsversicherungsamt das Stimmenverhältnis nach der Zahl der Versicherten fest. (§ 1351b RVO.)

3. Wählbarkeit.

Wählbar sind nur volljährige Deutsche, die im Bezirk der Versicherungsanstalt wohnen (§§ 12 Abs. 1, 1351 Abs. 3 RVO.).

Nicht wählbar ist (§ 12 Abs. 2 RVO.),

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist,
2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Als Vertreter der Arbeitgeber ist wählbar, wer regelmäßig mindestens einen Versicherungspflichtigen beschäftigt, der bei der Versicherungsanstalt versichert ist. Den Arbeitgebern stehen bevollmächtigte Betriebsleiter gleich. Versicherte werden den Arbeitgebern zugerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen (§ 13 Abs. 1, 2, § 14 Abs. 2 Satz 1 RVO.).

Nicht wählbar als Vertreter der Arbeitgeber ist, wer beamtetes Mitglied einer Behörde ist, die Aufsichtsbefugnisse über einen Versicherungsträger hat (§ 13 Abs. 3 RVO.).

Als Vertreter der Versicherten ist nur wählbar, wer bei der Versicherungsanstalt versichert ist (§ 14 Abs. 1 RVO.).

4. Vorschlagslisten der Arbeitgeber.

Zur Einreichung von Vorschlagslisten für die Wahl der Arbeitgebermitglieder sind nur wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern oder Verbände solcher Vereinigungen berechtigt (§ 15 Abs. 1 RVO.). Die Vereinigungen und Verbände dürfen für die Gruppe (Gewerbe, Landwirtschaft), für die sie vorschlagsberechtigt sind, nur je eine Vorschlagsliste einreichen.

Für jede der beiden Gruppen der zu wählenden Arbeitgebermitglieder sind besondere Vorschlagslisten nach dem als Anlage I beigefügten Vordruck aufzustellen.

In jeder Vorschlagsliste sollen mindestens so viel Personen benannt werden, wie Mitglieder und Ersatzmänner der betreffenden Gruppe nach dem Wahlausschreiben insgesamt zu wählen sind.

Die einzelnen Benannten sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Vor- und Zunamen, Alter, Beruf, Wohnort und Wohnung so deutlich zu bezeichnen, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Auch ist der Betrieb zu bezeichnen, dessen Unternehmer oder Betriebsleiter der Benannte ist. Beruht die Wählbarkeit des Vorgeschlagenen auf einem gesetzlichen oder sonstigen Vertretungsverhältnisse, so sind auch der Vor- und Zuname, Stand oder Beruf und die Wohnung der vertretenen Personen, sowie Art, Sitz und Firma ihres Betriebs anzugeben.

In die Vorschlagsliste darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu gegeben hat. Mit der Vorschlagsliste sind die Erklärungen der Benannten, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in die Vorschlagsliste zustimmen, nach dem als Anlage II beigefügten Vordruck einzureichen.

5. Vorschlagslisten der Versicherten.

Zur Einreichung von Vorschlagslisten für die Wahl der Versichertenmitglieder sind nur wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern oder Verbände solcher Vereinigungen berechtigt (§ 15 Abs. 1 RVO.). Die Vereinigungen und Verbände dürfen für die Gruppe (Gewerbe, Landwirtschaft), für die sie vorschlagsberechtigt sind, nur je eine Vorschlagsliste einreichen.

Für jede der beiden Gruppen der zu wählenden Versichertenmitglieder sind besondere Vorschlagslisten nach dem als Anlage III beigefügten Vordruck aufzustellen.

Die Bestimmung unter Ziffer 1 Abs. 3 gilt entsprechend.

Die Bestimmung unter Ziffer 4 Abs. 4 gilt entsprechend mit der Maßgabe, daß auch der Arbeitgeber des Benannten anzugeben ist.

Die Bestimmung unter Ziffer 4 Abs. 5 gilt entsprechend. Die Zustimmungserklärungen sind nach dem als Anlage IV beigefügten Vordruck einzureichen.

6. Unzulässigkeit verbundener Vorschlagslisten.

Die Verbindung mehrerer Vorschlagslisten in der Weise, daß sie anderen Vorschlagslisten gegenüber als eine einzige Liste gelten, ist unzulässig.

7. Unterzeichnung und Kennwort der Vorschlagslisten.

Die Vorschlagslisten müssen unter Angabe des Namens und des Sitzes der Vereinigung oder des Verbandes von den Personen unterschrieben sein, denen die Vertretung der Vereinigung oder des Verbandes zusteht.

Jede Vorschlagsliste soll mit einem Kennwort versehen sein, das sie von allen anderen Vorschlagslisten deutlich unterscheidet. Trägt eine Vorschlagsliste kein Kennwort, so gilt der Name des darin an erster Stelle Benannten als Kennwort der Vorschlagsliste.

8. Aenderung und Zurücknahme der Vorschlagslisten.

Die Vorschlagslisten können spätestens am einundzwanzigsten Tage vor dem Wahltage geändert oder zurückgenommen werden.

II. Es sind je 10 Arbeitgeber- und Versichertenmitglieder, die dem Gewerbe angehören, und je ein Arbeitgeber- und Versichertenmitglied, das der Landwirtschaft angehört, zu wählen. Für jedes Mitglied sind 2 Ersatzmänner zu wählen.

III. Die Vorschlagslisten sind bis zum 2. April 1928 beim Oberversicherungsamt Lübeck, Große Burgstraße 4, einzureichen.

Lübeck, den 28. Februar 1928.

Der Wahlleiter
für die Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte.
Haut, Senator.

Anlage I: **Vordruck zur Vorschlagsliste für die Arbeitgebermitglieder**
(§§ 7, 10 der Wahlordnung)

Ordnungsnummer . . . . . .
(Vom Wahlleiter zu vermerken)

Gewerbe — Landwirtschaft
(Nur das Zutreffende ist anzugeben)

Kennwort . . . . . .

Vorschlagsliste

Als Arbeitgebermitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte, gegebenenfalls als Ersatzmänner, werden vorgeschlagen:

Fortlfd. Nr.	Name: Familien-	Name: Vor- (Ruf-)	a) Alter b) Beruf	Wohnort (bei größeren Orten Stadtteil), Straße u. Hausnummer	Betrieb
1	2	3	4	5	6
1.			a) . . . . . b)	. . . . .	
2.			a) . . . . . b)	. . . . .	
usw.					

(Stempel)

Der Vorstand
de . . (Name und Sitz der Vereinigung oder des Verbandes)
Unterschriften der Personen, denen die Vertretung zusteht.

Anlagen: . . . Zustimmungserklärungen.

Anlage II: (§ 7 Abs. 5 der Wahlordnung)
Vorschlagsliste . . . . . .
Fortlaufende Nr. . . . . .

I. Personalangaben

1. Familienname . . . . . Vor- (Ruf-) Name . . . . . .
2. Beruf, Dienstbezeichnung, Titel usw. . . . . .
3. Geboren am . . . . . zu . . . . . Kreis . . . . . .
4. Wohnort (Stadtteil, Straße und Hausnummer) . . . . . Kreis . . . . . Provinz . . . . . Land . . . . . .
5. Zahl der minderjährigen Kinder (§ 17 Abs. 1 Nr. 2 der RVO.) . . . . . .
6. Zahl der Vormundschaften oder Pflegschaften (§ 17 Abs. 1 Nr. 4 der RVO. . . . . .
7. (Inhaber usw.) . . . . . des Betriebs . . . . . .

II. Erklärung

Ich stimme der Aufnahme meines Namens in die Vorschlagsliste für die Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte zu.

. . . . . , den 1928

. . . . . .
(Unterschrift)

Anlage III: **Vordruck zur Vorschlagsliste für die Versichertenmitglieder**
(§§ 8, 10 der Wahlordnung)

Ordnungsnummer . . . . . .
(Vom Wahlleiter zu vermerken)

Gewerbe — Landwirtschaft
(Nur das Zutreffende ist anzugeben)

Kennwort . . . . . .

Vorschlagsliste

Als Versichertenmitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte, gegebenenfalls als Ersatzmänner, werden vorgeschlagen:

Fortlfd. Nr.	Name: Familien-	Name: Vor- (Ruf-)	a) Alter b) Beruf	Wohnort (bei größeren Orten Stadtteil), Straße u. Hausnummer	Arbeitgeber
1	2	3	4	5	6
1.			a) . . . . b)		
2.			a) . . . . b)		
usw.					

(Stempel)

Der Vorstand
de . . (Name und Sitz der Vereinigung oder des Verbandes)
Unterschriften der Personen, denen die Vertretung zusteht.

Anlagen:
. . . . Zustimmungserklärungen.

Anlage IV: (§ 8 Abs. 5 der Wahlordnung)
Vorschlagsliste . . . . . .
Fortlaufende Nr. . . . . .

I. Personalangaben

1. Familienname . . . . . Vor-(Ruf-)Name . . . . . .
2. Beruf, Dienstbezeichnung, Titel usw. . . . . .
3. Geboren am . . . . . zu . . . . . Kreis . . . . . .
4. Wohnort (Stadtteil, Straße und Hausnummer) . . . . . Kreis . . . . . Provinz . . . . . Land . . . . . .
5. Beschäftigt in dem Betriebe d . . (Name, Firma des Arbeitgebers) . . . . . in . . . . . .
6. Nach der RVO. gegen Invalidität versichert („Ja" oder „Nein") . . . . . Nummer der laufenden Quittungskarte . . . . . Angabe der Ursprungsanstalt, die auf der Quittungskarte vermerkt ist . . . . . .
7. Beschäftigt selbst regelmäßig (Zahl) . . . . versicherungspflichtige Personen.

II. Erklärung

Ich stimme der Aufnahme meines Namens in die Vorschlagsliste für die Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte zu.

. . . . . , den . . . . . 1928.

. . . . . .
(Unterschrift)

Gewerbliche Anlage

(Veröffentlicht am 28. Februar 1928)

Die Hansa-Meierei G. m. b. H. hierselbst beabsichtigt, auf ihrem in Travemünde, Gnevesdorfer Weg 2 Nr. 347 belegenen Grundstück eine Anlage zum Betriebe einer Schlachterei zu errichten (§ 16 der Gewerbeordnung).

Einwendungen gegen diese Anlage sind binnen 14 Tagen, vom Tage der Veröffentlichung der Bekanntmachung an gerechnet, beim Polizeiamt schriftlich oder mündlich anzubringen. Später angebrachte Einwendungen bleiben unberücksichtigt (§ 17 der Gewerbeordnung).

Zeichnungen und Beschreibungen der Anlage liegen im Dienstgebäude des Polizeiamts, im Zimmer 24, während der gewöhnlichen Geschäftsstunden zur Einsicht aus. 2688

Lübeck, den 21. Februar 1928.

Das Polizeiamt.

Ueber das Vermögen der Ehefrau **Anna Ruhberg geb. Zimdar,** Inhaberin eines Weiß- und Kurzwarengeschäftes in Lübeck, Schwönecken-querstraße 5, wird

heute, am 27. Februar 1928, 13 Uhr 10 Min.

das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Niels Jensen in Lübeck, Gr. Burgstraße 57, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet

am 23. März 1928, 11 Uhr,

im Zimmer Nr. 9 statt

Konkursforderungen sind bis zum **23. März 1928 bei dem unterzeichneten Gerichte** anzumelden.

Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet

am 30. März 1928, 11 Uhr

im Zimmer Nr. 9 statt

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. April 1928 Anzeige zu machen.

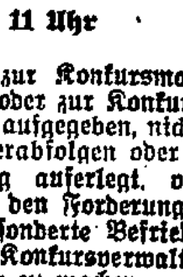
Lübeck, den 27. Februar 1928. 2694

Das Amtsgericht, Abteilung II

Nichtamtlicher Teil

Leihhausversteigerung Dienstag, d. 6. März, morgens 9 Uhr, in **Kochs Auktionshäusern.** Es kommen lt. Voranzeige die verfallenen Pfänder bis zu Nr. 24126 zur öffentlichen Versteigerung, als: Gold. u. silb. Herren-, Damen- u. Armbanduhren, silb. Löffel u. Gabeln, Brillant-, Trau- u. and. Ringe, Operngläser, Fotos, Herrenanzüge, Ueberzieher, Wäsche, Betten u. v. m. Die Umschreibung oder Einlösung hat bis zum 3. März zu erfolgen. Ein evtl. entstandener Ueberschuß wird bis 14 Tage nach der Versteigerung im Leihhause ausgezahlt, alsdann verfällt er der Armenkasse. — Besichtigung der Pfänder 1 Stunde vorher. Eintritt 20 ₰, welcher bei Kauf vergütet wird. **Lübecker Leihhaus,** Inh. **G. Helsing, Hüxstr. 113,** Fernr. 22464. 2691

Damen- und Herren-
Frisier-Räume
E. A. Mittelstädt
Adlerstr. 35 F. 28 716
Spez.: Bubi-Neuschnitte
Dauer- u. Wasserwelle 2696



Paul Kollhoff
Ella Kollhoff
geb. Werner
Vermählte
Für erwiesene Aufmerksamkeiten danken herzlichst D. O. 2676

1 u. 2 Zimmer
leer, verm. Wohnungsnachweis Balauerfohr 7

Möbl. Vorderzimmer sofort zu verm. 2678
Meterstr. 5, III.

Gesucht 1—2 leere Zimmer m. Küchenbenutzung. Off. u. L 522 a. d. Exped.

Gute Eckgard. bill. zu vk. 2665 Rosenstraße 2

Dung zu verkaufen 2567 Tremskamp 8

Mokett-Sofas 100 Rm.
Ausziehtische, Rohrstühle, Schlafzimmer, Büfetts, Kredenz, gl. Bettstellen, Spiral- u. Auflege-Matr. **W. Schlöer,** Hundestr.

Verl. am 27. auf dem Wege Arnimstr. — Lützowstr. e. Gummiwärmflasche. Abz. geg. Bel. Lützowst. 48

3 gut erhalt. Puppenwagen zu kaufen gesucht Angeb. u. L 521 a d. Exp.

Dauergarten gegen Abstand gesucht **Lebsa,** Glockengießerstr. 16 2679

Im neuen Gewande
Frauenwelt
Eine Halbmonatsschrift

Aus dem Inhalt der Nr. 5
Dr. Hilde Wegscheider, Der Scheller-Krantz-Prozeß
Einschulungsfragen - Fr. Weigelt
Über Wohnungseinteilung - Irene Frank
Der blühende Schleier - Edgar Hahnewald
Ein Kindermärchen - Robert Grötzsch usw.

Aus dem Inhalt der Nr. 6 und 7
Wilhelm Hansenstein über Dürer
Zum 60. Geburtstage von Maxim Gorki
Frauengestalten der französischen Revolution
Geschichte des Spielzeugs
Anna Siemsen über Blasco Ibancz
Lustspiel aus dem Sowjetrussischen, von Klabund

Preis des Heftes 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 40 Pf.

Bestellungen nehmen alle
Zeitungsausträgerinnen
und die
Buchhandlung d. Lübecker Volksboten
entgegen